

DIE RÖMISCHRECHTLICHE TRADITION UND DIE PRIVATRECHTSENTWICKLUNG IN UNGARN

GÁBOR HAMZA
Universitätsprofessor
Eötvös Loránd Tudományegyetem Budapest

RESUMEN

En la primera parte de su trabajo, el autor se ocupa de la tradición del derecho romano en el reino de Hungría durante la Edad Media. En la segunda parte del artículo, el destino ulterior del derecho romano se analiza. El autor señala la importancia del derecho romano en Hungría, tanto en la doctrina del derecho civil y en la prolongada realización del proceso de codificación del derecho privado. Se destaca también el papel de la doctrina del derecho civil basado en el derecho romano en la nueva codificación privada (civil) actual Hungría.

Palabra clave: *Hungría - derecho romano - codificación - derecho civil*

ABSTRACT

In the first part of his paper the author is dealing with the Roman law tradition in the kingdom of Hungary in the middle ages. In the second part of the article the subsequent fate of Roman law is analyzed. The author points out the significance of Roman law in Hungary both in the civil law doctrine and in the lengthy process of codification of private law. He emphasizes also the role of the civil law doctrine based on Roman law in the current recodification of private (civil) law in Hungary.

1. MITTELALTER

1.1. DAS PRIVATRECHT UND DAS RÖMISCHE RECHT IM MITTELALTER

1. Daraus, daß dem römischen Recht in der ungarischen Juristenausbildung seit Jahrhunderten wichtige bzw. ausschlaggebende Bedeutung beigemessen wird, könnte man folgern, daß das *ius Romanum* im Königreich Ungarn Gegenstand auch einer formellen Rezeption war. Von einer Rezeption im *formellen* Sinne kann man aber nicht sprechen. Die Rezeption könnte eher in wissenschaftlicher (d.h. nicht gesetzgeberischer) Hinsicht in Frage kommen. Um diese Eigenart der Rezeption des römischen Rechts in Ungarn verstehen zu können, bedarf es eines kurzen Überblickes über die *wesentlichen Züge* der ungarischen Rechtsentwicklung.

Schon vor der Staatsgründung bzw. Staatswerdung Ungarns findet man Spuren römischrechtlichen Einflusses auf diesem Gebiet (im Karpatenbecken). Der transdanubianische Teil Ungarns (*Pannonia*) stand rund 400 Jahre lang unter der Herrschaft Roms. Die dortigen Provinzen *Pannonia prima* und *Pannonia secunda*, *Savia* und *Valeria* gehörten zum westlichen

Teil des Römischen Reichs (*Pars Occidentis Imperii Romani*). Die Romanisierung erstreckte sich auch auf die Rechtsordnung, wovon zahlreiche Inschriften und andere Quellen eindeutiges Zeugnis ablegen¹. Durch die Völkerwanderung wurde jedoch die Kontinuität des Einflusses des römischen Rechts unterbrochen.

Ungarn pflegte bereits zur Zeit seiner Staatsgründung um das Jahr 1000 politische Beziehungen zu Byzanz. Die Übernahme des byzantinisch-römischen Rechts (d.h. des römischen Rechts (*ius Romanum*) in seiner byzantinischen Form, d.h. des *ius Graeco-Romanum*)² wurde jedoch durch den Umstand verhindert, daß sich der erste ungarische König, der später heilig gesprochene *Stephan* (auf Ungarisch: *István I.* (1000-1038), eindeutig zum westlichen (lateinischen) Christentum bekannte³. Immerhin beeinflusste die justinianische Kodifikation, insbesondere der *Codex Iustinianus* und manche Novellen (*novellae constitutiones*), auf mittelbare Weise die Gesetze (*decreta* bzw. *leges*) Stephans des Heiligen⁴.

Im Mittelalter kam dem *nicht* in Gesetzesform gefaßten Recht eine für ein kontinentales Rechtssystem ungewöhnliche Bedeutung zu. Im Gegensatz zu den Gewohnheitsrechten der germanischen, skandinavischen und slawischen Stämme wurde das Gewohnheitsrecht (*antiqua regni consuetudo*) weder zur Zeit der Niederlassung der Ungarn im Karpatenbecken noch zum Zeitpunkt ihrer Bekehrung zum Christentum aufgezeichnet. Auch während der ersten fünf Jahrhunderte des Königreichs, d. h. bis zum Ende des 15. Jahrhunderts, wurde kein Rechtsbuch zusammengestellt. Im Gegensatz zu Deutschland, wo das geltende lokale Recht in einem „Spiegel“ (*speculum*), wie z.B. im *Sachsenspiegel* oder im *Schwabenspiegel*, zusammengefaßt wurde, kam es auch nicht zur Redaktion eines sog. *Ungarnspiegels*. Das *ius consuetudinarium* dieser Zeit ist uns nur aus Freibriefen, königlichen Patenten und insbesondere aus den (verschiedene Rechtsgeschäfte bzw. Rechtsakte betreffenden) Privaturkunden bekannt, soweit diese bei der Tatareninvasion (Mongoleneinfall) oder später während der Türkenkriege nicht vernichtet worden sind. Neben dem ungeschriebenen Gewohnheitsrecht gab es von der Gründung des ungarischen Staates an königliche *decreta* (*leges*), die die ausschließliche Erscheinungsform des *ius scriptum* bildeten.

2. Das römische Recht besaß in Ungarn in dieser Epoche Autorität, aber keine Geltung, etwa wie eine Art Naturrecht (*ius naturale* oder *ius naturae*).

Das schließt jedoch keineswegs seine mannigfaltigen Einflüsse aus. Die Kirche spielte zu Beginn des 11. Jahrhunderts die maßgebliche Rolle beim Zustandekommen der Institutionen des ungarischen Staates. Sie gab hierbei dem ungarischen Königreich die lateinische Amtssprache mit all ihren (allerdings oft entstellten) römischrechtlichen Ausdrücken (*Termini*). Die juristische Terminologie wurde noch geraume Zeit mittelbar oder unmittelbar aus Quellen des römischen Rechts geschöpft.

Der Einfluß des römischen Rechts beginnt in Ungarn mit dem Aufblühen der Glossatorenschule: Die erste Welle des Einflusses des *ius Romanum* –durch die Kleriker (*clerici*), die im 11., 12. und 13. Jahrhunderts über das Monopol der Bildung verfügten– erreichte Ungarn um die Wende des 12. zum 13. Jahrhundert, zumeist durch das Studium der Rechtskundigen

¹ Siehe: K. Visky: A római magánjog nyomai a magyar földön talált római kori feliratos emlékeken. (Spuren des römischen Rechts auf den auf ungarischem Boden gefundenen Inschriften aus der Römerzeit) In: JT V. Budapest, 1983. S. 353-372.

² Im weiteren wird der technische Ausdruck *ius Graeco-Romanum* mit dem Terminus „byzantinisch-römisches Recht“ bezeichnet.

³ Über die Rolle des römischen Rechts im mittelalterlichen ungarischen Staat siehe: J. Gerics: A korai rendiség Európában és Magyarországon. (Das frühe Ständewesen in Europa und Ungarn) Budapest, 1987.

⁴ Siehe: G. Hamza: Die Gesetze (*Decreta*) Stephans des Heiligen und Europa. In: Szent István és Európa – Saint Étienne et l'Europe. (Hrsg. von G. Hamza) Budapest, 2001. S. 33 ff.

aus Ungarn an den Universitäten von Paris und Bologna. Ein Teil dieser Studenten studierte in Paris kanonisches Recht. Bewiesenermaßen wurde die Universität von Bologna schon im 13. Jahrhundert von Studenten aus dem Königreich Ungarn besucht, die sich auch schon eigens in einem Verband für die „Ungarische Nation“ (*natio Ungarorum*) zusammenschlossen. In diesem Rahmen besuchten bis zum Jahre 1301 ungefähr 80 Studenten aus Ungarn die Lehrveranstaltungen der italienischen Glossatoren⁵. Außerdem ist belegt, daß Studenten aus Ungarn auch an anderen Universitäten, z.B. in Padua, Oxford oder Cambridge, römisches Recht (*ius civile*) studiert hatten.

Nach der Tatareninvasion im Jahre 1241 blühte das Rechtsstudium allmählich wieder auf. Die zweite Welle des Einflusses des römischen Rechts erreichte ihren Gipfelpunkt in den letzten Jahrzehnten des 13. Jahrhunderts. Dies hing auch damit zusammen, daß das Staatswesen des Königreichs neu wiederaufgebaut bzw. erneuert werden mußte. In dieser Epoche wurden die ungarischen Urkunden reichlich mit *romanistischen* Wendungen versehen. Auch etliche Kroniken aus der Arpaden- bzw. der Anjouzeit – insbesondere die *Gesta Hungarorum* des *Simon Kézai* gegen Ende des 13. Jahrhunderts – zeugen von der Kenntnis des römischen Rechts.

Die etwa zu derselben Zeit verfaßten Formelbücher von *Johannes Uzsa* (János Uzsa), der um 1340 Rektor (dieses Amt wurde damals von einem Studenten wahrgenommen) der Universität zu Bologna war, sowie von *Bertalan Tapolczai* spiegeln einen gewissen Einfluß des römischen Rechts wider⁶.

Es gab immerhin auch eine Art Abschwächung der romanistischen Einwirkung. Dies fiel merkwürdigerweise gerade mit der Periode der Herrschaft der aus Sizilien stammenden Dynastie der Anjous zusammen (1308-1387). Die Anjous (*Dinastia degli Angioini*) hielten nämlich an der Erhaltung des ungarischen einheimischen Rechts (*ius patrium*) fest. Jedoch setzte sich der Zug der ungarischen Studenten (*peregrinatio academica*) zu den italienischen Universitäten in der Anjouperiode fort. Auch fällt die Gründung der ersten ungarischen Universität in Pécs (auf Deutsch: Fünfkirchen, auf Lateinisch: *Civitas Quinqueecclesiensis*, auf Italienisch: *Cinquechiese*) im Jahre 1367 in diese Zeit. Dort wurde neben dem kanonischen Recht wahrscheinlich auch das römische Recht unterrichtet⁷.

Die dritte Welle des romanistischen Einflusses fand in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts statt. Ab dem 15. Jahrhundert studierten vorwiegend Wohlhabene (hauptsächlich die besitzende Mittelschicht des rechtskundigen Klerus) aus Ungarn in Italien. Die weniger Bemittelten lernten das kanonische Recht in Krakau oder Wien. Auf diese Weise gelangten auch sie zu römischrechtlichen Kenntnissen. Diese dritte Welle hing mit dem Vordringen des Frühhumanismus und des Humanismus zusammen. Sie stieß aber schon auf den Wall des inzwischen stark gewordenen althergebrachten *einheimischen* Rechts (*ius patrium*). Dieses Erstarken des einheimischen ungarischen Gewohnheitsrechts hing aufs engste mit der Entwicklung und Festigung des ungarischen Juristenstandes zusammen, der seine Kräfte vor allem für die Ausbildung des eigenen – d. h. einheimischen – Rechts entfaltete. In dieser Hinsicht ist eine parallele Entwicklung zwischen Ungarn und England erkennbar.

⁵ Über die ungarische *peregrinatio academica* an den juristischen Fakultäten der europäischen Universitäten siehe zusammenfassend: B. SZABÓ: *El tanulmány a magyarországi joghallgatók külföldi egyetemeken a XVI-XVII. században készített disputációinak (dissertációinak) elemzéséhez.* (Vorstudie zur Analyse der im Laufe des 16. und 17. Jahrhunderts an ausländischen Universitäten verfaßten Disputationen (Dissertationen) der ungarischen Studenten) (=Publicationes Universitatis Miskolciensis. Series Iuridica et Politica VIII 5), Miskolc, 1993.

⁶ Gy. Bónis: *Uzsa János Ars Notaria-ja.* (Ars Notaria von János Uzsa) *Filológiai Közlöny* 6 (1961).

⁷ Über die Anfänge der ungarischen Hochschulbildung siehe: A. CSIZMADIA: *Die Universität Pécs im Mittelalter (1367–).* *Studia Iuridica Pécs*, Budapest, 1965.

3. In bedeutend kleinerem Maße ist die Wirkung des römischen Rechts im *ius scriptum*, also in den königlichen Gesetzen (Dekreten), bemerkbar. Aus einzelnen Hinweisen kann man jedoch auf die Übernahme von einigen Prinzipien des römischen Rechts schließen. Beispiel hierfür ist der Verweis auf das von den römischen Kaisern oft herbeigezogene Konzept der *plenitudo potestatis* (Vollständigkeit der Machtbefugnisse) durch die ungarischen Monarchen. Der aus der Luxemburger Dynastie stammende König von Ungarn Sigismund (auf Ungarisch: Zsigmond) (1387-1437), der ab dem Jahre 1410 auch den Titel des römischen Königs hatte und im Jahre 1433 in Rom zum Kaiser des Heiligen Römischen Reiches gekrönt wurde, rechtfertigte seine königlichen Machtbefugnisse mit diesem Konzept. Auch König *Matthias* (auf Ungarisch: Mátyás) *Corvinus* (1458-1490) aus der Hunyadi-Dynastie, der ebenfalls kaiserliche Ambitionen pflegte, bediente sich dieser aus dem römischen *ius publicum* stammenden Idee.

Außerdem beinhalten einige aus dem Mittelalter erhalten gebliebene städtische Rechtsbücher vereinzelt römischrechtliche Institute und Fachausdrücke. Dies bezeugen etwa das aus dem 15. Jahrhundert stammende deutsch-sprachige *Ofner Stadtbuch* (das Rechtsbuch von Buda) und das *Rechtsbuch von Preßburg* (auf Ungarisch: *Pozsony*, auf Lateinisch: *Posonium*, heute Bratislava in der Slowakei).

Was die römischrechtlichen Prinzipien betrifft, ist das von Ulpian stammende Präzept (*praeceptum*, „Rechtsvorschrift“) *suum cuique tribuere* schon früh eingebürgert. Seit 1235 findet sich diese Wendung in den verschiedenen Königsurkunden, später auch in denen anderer weltlicher und geistlicher Aussteller. Im 15. Jahrhundert kommt das Präzept ganz formelhaft vor (und befindet sich natürlich auch im Prolog des weiter unten behandelten *Tripartitum*). Sonst tauchen allgemeine Regeln nur selten in der ungarischen Praxis auf: Erwähnenswert ist die Anwendung der *regula iuris* (Rechtsgrundsatz) *nemo plus iuris ad alium transferre potest quam ipse haberet* in einem Rechtsstreit zwischen dem Kapitel von Posonium (Preßburg) und seinem Probst am Anfang des 16. Jahrhunderts.

In der Árpádenzeit (1000-1301) ist die Anwendung der römischrechtlichen Terminologie im allgemeinen eher unsicher und manchmal sogar irreführend. Das *iudicium* (die Klage, *actio* im römischen Recht) wird z.B. häufig im „entstellten“ Sinne eines Gottesurteils gebraucht, um das Ordal (*ordalium*) des siedenden Wassers oder des glühenden Eisens zu bezeichnen. Eine eingehende Kenntnis der Terminologie des römischen Rechts wird erst durch den Besuch der angehenden ungarischen Jurastudenten der ausländischen Universitäten gefördert.

In das Recht der Schuldverhältnisse (Obligationen) wurden die Begriffe des römischen Rechts weitgehend nur formal aufgenommen. In inhaltlicher Hinsicht war die Anwendung der römischrechtlichen Terminologie manchmal nicht adequat. Dies war der Fall z.B. beim Begriff des *dominium*. *Dominium* bedeutete nämlich nicht das Eigentum, sondern das liegende Gut, ohne jedoch das Verfügungsrecht (*ius disponendi*) des Eigentümers zu enthalten. Der adelige Grundbesitz war nach zwei Seiten hin gebunden: durch die Rechte des Königs (*fiscalitas*, auf Deutsch: Fiskalität) und durch die der Blutsverwandten bzw. der Großfamilie (*aviticitas*, auf Deutsch: Avitizität).

Form und Inhalt der Verträge wurden von den einheimischen Instituten bestimmt; sie sollten (von den Städten abgesehen) von den glaubwürdigen Orten (*loca credibilia*) „kundgetan“ (*fassio*) und innerhalb der von Avitizität und Fiskalität gesetzten Grenzen abgeschlossen werden. Im allgemeinen verwendete die ungarische Praxis den Begriff *contractus* für den Vertrag. Die einzelnen Abmachungen wurden dagegen mit *conventio*, *pactatio*, *pactum* oder *stipulatio* bezeichnet. Das Wort *obligatio* bedeutete eigentümlicherweise die Verpfändung. Der Ausdruck *debitum* war meist mit der subjektiven Schuld gleichbedeutend.

Diese Beispiele zeigen, daß die römischrechtlichen Einflüsse sich auf diesen Gebieten meist nur auf Ausdrücke beschränkten. Nach den primitiven Phasen des Barvertrags und des Realkontrakts erfolgte nämlich eine Romanisierung der Terminologie im 13. Jahrhundert, ohne die Rechtsgewohnheiten selbst ändern zu können.

4. Die Mängel des gewohnheitsrechtlichen Systems ließen bereits in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts die Kodifikation als dringende Notwendigkeit erscheinen. König Matthias (auf Ungarisch: Mátyás) Corvinus trieb als erster Souverän die Kodifikation des Rechtssystems voran, wobei das römische Recht in Ungarn formal und *in complexu* rezipiert werden sollte. Als solcher Versuch gilt das Dekret vom Jahre 1486 (Gesetzesartikel 1486:vi)⁸, das bereits den Zeitgenossen als das *Große Dekret (Decretum Maius)* bekannt war. Dieses Dekret fand aber nicht lange Zeit Anwendung. Zwei Jahre nach dem Ableben des Königs Matthias setzte sein Nachfolger Ulászló (Wladislaw) II. das *Decretum Maius* außer Kraft. Trotzdem galt *de facto* das *Decretum Maius* weitgehend fort.

Das *Decretum Maius* ist ein Versuch, das geltende Recht in einem *zu ewiger Dauer* bestimmten *Corpus* zu kodifizieren. Die Einleitung nimmt Bezug auf die berühmten Worte der Konstitution des Kaisers Justinian

„Imperatoriam maiestatem: Decet reges, principes, qui superna dispositione in supremæ dignitatis specula constituuntur, non solum armis, verum etiam legibus esse decoratos, et bonorum, stabiliumque potius institutorum rigore; quam absolutæ potentiae vel damnandæ abusionis severitate, populos subiectos, et simul imperii sui habenas moderari”.

§ 1. Die hier getroffenen Maßnahmen sollen „pro perpetuo regni ipsius decreto, et statuto, ac pro lege, et iure scripto“ gelten und dem Schlußartikel gemäß weder von künftigen Reichstagen (Diäten) noch späteren Herrschern geändert werden. Es ist jedenfalls nicht der utopistische Wunsch eines ewigen Gesetzes, der in diesem Dekret eine Neuheit ist, sondern der Anspruch, Gerichtsbarkeit und Verwaltung *ein für allemal* in einem Gesetz zu regeln. Es sollte eine Kodifikation sein, wie sie im Zeitalter der Renaissance überall (allerdings etwas später) angestrebt wurde. Dauer und Publizität sollten auch mit Hilfe der Buchdruckerkunst gesichert werden: Dies geschah zum ersten Male in der Geschichte der ungarischen Gesetzgebung. Viele Wendungen lassen die Mitarbeit von humanistisch eingestellten Rechtsgelehrten (Juristen) erkennen, wie z.B. § 65, der das bewaffnete Erscheinen vor dem Komitatsgericht damit untersagt, „ne leges et iura inter arma silere videantur“. Zweifellos war diese Wendung von der juristischen Romanistik inspiriert. Auch in den anderen Teilen dieses Dekrets sind zahlreiche Elemente des römischen Rechts, vor allem in der Terminologie, enthalten.

Das „ewige“ Gesetz Matthias' Corvinus hat sich trotz seiner kurzen Geltungsperiode lange währendes Ansehen bzw. Autorität erworben: Der Umbruch der römisch-kanonischen Quellenlehre und der Übergang vom „guten, alten Recht“ zum modernen System ist zweifelsohne dem *Decretum Maius* zu verdanken. Es soll noch erwähnt werden, daß die bisher nur zerstreut auftretenden römischrechtlichen Ausdrücke während seiner Regierung eine *programmatische* Bedeutung erhielten. Man kann im allgemeinen feststellen, daß die absolutistische Tendenz seiner Regierung bzw. Herrschaft in den 80-er Jahren des 15. Jahrhunderts weitgehend in romanistische Lehren eingebettet ist.

Auf eine Nachricht des großen, in Valencia geborenen und in Bruges tätigen und gestorbenen Humanisten Juan Luis Vives [Joan Lluís Vives] (1492-1540), der Zeitgenosse von Erasmus von Rotterdam war, geht die allgemein verbreitete Meinung zurück, daß König Matthias (auf Ungarisch: Mátyás) das ungarische Recht ursprünglich auf römischrechtlichen Grundlagen reformieren, oder vielmehr mittels der Rezeption des römischen Rechts eine neue

⁸ In Ungarn trugen die Gesetze den Namen Gesetzesartikel (auf Ungarisch: *törvéncikk*). Dies läßt sich darauf zurückführen, daß die im Laufe eines Jahres verabschiedeten Einzelgesetze als einzelne Bestandteile (*articuli*) des im betreffenden Jahre verabschiedeten „Gesetzes“ (etwa im Sinne von einem „Jahresgesetz“) betrachtet wurden.

Rechtsordnung (*ordo iuris*) begründen wollte. Jedoch habe er bald die Unmöglichkeit seines großangelegten Vorhabens eingesehen und davon Abstand genommen. Zwar hielt der ungarische Rechtsgelehrte Imre Kelemen diese Theorie am Anfang des 19. Jahrhunderts noch für glaubwürdig, Ignác Frank lehnte sie jedoch einige Jahrzehnte später mangels entsprechender authentischer Quellen ab. Wie es sich damit in Wahrheit verhielt, ist bis jetzt in der Forschung unbekannt. Klar ist jedoch, daß sich die Idee des Königs Matthias, das theoretische Fundament seiner königlichen Macht weiter zu festigen, vor allem in den letzten Jahrzehnten seiner Herrschaft vom *ius publicum* der römischen Kaiserzeit nährte.

5. Nach all dem stellt sich die Frage, warum in Ungarn letzten Endes keine formelle Rezeption *in complexu* (bzw. *in globo*) des römischen Rechts stattfand. Dafür lassen sich im Grunde genommen zwei Ursachen anführen.

Die ungarische Rechtsbildung war von Anbeginn einheitlich, und so brauchte man nicht darauf zu verfallen, was der Rechtspartikularismus d. h. die Rechtszersplittertheit in Deutschland nötig machte: als Grundlage eines einheitlichen Rechts das „fremde“ römische Recht zu rezipieren.

Ein anderer Grund, weswegen die praktische Rezeption in Ungarn unterblieb, mag die geringere Entwicklung des ungarischen Handels und Gewerbes gewesen sein. (So ist es nicht dem Zufall zuzuschreiben, daß die schon erwähnte erste und zweite Welle des romanistischen Einflusses das Land im Laufe des 13. Jahrhunderts erreichte; d. h. in der Epoche, in der sich der Übergang von der Naturalwirtschaft zur Geldwirtschaft vollzog und ein höheres Wirtschaftsleben entwickelte, das notwendigerweise ein entwickeltes Sachen- und Obligationenrecht benötigte.) Der formellen Rezeption des römischen Rechts im 16. Jahrhundert hat dann einerseits die Kodifizierung bzw. Kompilation des ungarischen Gewohnheitsrechts (*Tripartitum* des Werbőczy), andererseits die infolge der Besetzung des Landes durch die Osmanen einsetzende Wirtschaftskrise ein Ende gesetzt.

1.2. ISTVÁN WERBŐCZY UND DAS TRIPARTITUM OPUS IURIS CONSUETUDINARII INCLYTI REGNI HUNGARIAE (1514)

1. In vielerlei Hinsicht zeugt auch das *Tripartitum opus iuris consuetudinarii inclyti regni Hungariae, partiumque eidem annexarum* (abgekürzt *Tripartitum*, auf Ungarisch: *Hármas-könyv*, auf Deutsch: *Drei Bücher*, „Dreierbuch“) des István Werbőczy (ca. 1458-1541) von römischrechtlichen Einflüssen.

Werbőczy begann seine Karriere als Beamter der königlichen Kanzlei und wurde später Protonotar der Hohen Königlichen Gerichte (*protonotarius iudicis curiae regiae*). Ab dem Jahre 1517 nahm er das Amt des *Personalis*, ab dem Jahre 1525 das des Palatin (auf Lateinisch: *palatinus*, auf Ungarisch: *nádor*) und Kanzlers wahr.

Sein im Jahre 1514 erstellte Werk erstellte er auf Auftrag von Wladislaw (Ulászló) II., dem Nachfolger von König Matthias (auf Ungarisch: Mátyás), Corvinus hin. In ihm faßte Werbőczy das mittelalterliche ungarische Gewohnheitsrecht (*ius consuetudinarium*) in „heimischer“, d. h. lateinischer Sprache (*lingua patria*), der damaligen Amtssprache des Landes, zusammen. Das *Tripartitum* wurde im Jahre 1565 durch Balázs Veress ins Ungarische übersetzt. Ursprünglich als allgemeines, allumfassendes Dekret (*decretum*) gedacht, wurde in diesem Rechtsbuch das heimische Gewohnheitsrecht zum ersten Male geordnet niedergeschrieben.

2. Das *Tripartitum* wurde vom ungarischen Reichstag auf dem Rákosfeld (auf Ungarisch: *Rákosmező*), der Werbőczy das Werk zur Verabschiedung eingereicht hatte, im Jahre 1514 tatsächlich angenommen und vom König bewilligt; gleichwohl wurde das Werk formal nie zum Gesetz. Der König entsandte nämlich eine aus zehn Mitgliedern bestehende Kommission zur Durchsicht des *Tripartitum*. Nachdem die Kommission erklärt hatte, daß dieses Werk mit den Gesetzen und

den althergebrachten Gewohnheiten des Landes übereinstimme, ersuchten die Stände den König, „das geschriebene Recht des Landes allsogleich verlesen zu lassen, zu bestätigen und mit dem königlichen Siegel zu versehen sowie den einzelnen Komitaten zu übersenden“. Der König bestätigte dann das Werk Werbőczy; die Ausfertigung mit dem Siegel fand jedoch nicht statt, und auch die Versendung an die Komitate (*comitatus*, auf Ungarisch: *megye*) blieb aus. Wie bereits erwähnt hatte dies zur Folge, daß das *Tripartitum* formal keine Gesetzeskraft erhielt.

Dies hatte folgenden Grund: Da sich Werbőczy für die Rechtsgleichheit des Kleinadels einsetzte, vereitelten die Magnaten das formale Inkrafttreten des *Tripartitum*. Gleichwohl war das *Tripartitum* seit dem Jahre 1628 Bestandteil des *Corpus Juris Hungarici*, einer inoffiziellen Sammlung ungarischer Gesetze seit 1584.

Werbőczy ließ im Jahre 1517 das *Tripartitum* auf eigene Kosten in Wien drucken. Außerdem versandte er von sich aus das Werk an die Komitate (auf Lateinisch: *comitatus*) und Städte (auf Lateinisch: *civitates*) von Ungarn. Dieser Umstand veranlaßte die Gerichte in Ungarn dazu, das *Tripartitum* als primäre Rechtsquelle anzuwenden.

Das *Tripartitum* blieb bis zum Jahre 1848 und sogar später, in Ermangelung einer privatrechtlichen Kodifikation, die wichtigste Quelle (*fons iuris*) des ungarischen Privatrechts, trotz des schon erwähnten Umstandes, daß es nie –jedenfalls nicht in formeller Hinsicht– Gesetz (*decretum* bzw. *lex*) geworden ist. In Siebenbürgen erlangte immerhin das *Tripartitum* im Jahre 1691 auch formell Gesetzeskraft (*vigor legis*).

3. Das als Rechtsbuch geltende *Tripartitum* faßt das feudale Gewohnheitsrecht und die königlichen Dekrete zusammen, wozu es sich größtenteils der Terminologie des römischen Rechts bedient. Obwohl Werbőczy das *Tripartitum* als Gesetzbuch anlegte, nahm er jedoch, um die juristische Bildung seiner Landsleute zu heben, zahlreiche Materien in sein Werk auf, die eher in ein Lehrbuch im modernen Sinne gepaßt hätten. Die theoretischen Ausführungen und Auseinandersetzungen schöpfte er zumeist aus dem römischen Recht. Die mit den justinianischen Rechtsquellen identischen Textteile möchten jedoch eher nur das Ansehen des Werkes anheben. Die Beziehung des *Tripartitum* zum römischen Recht ist hauptsächlich an folgenden Punkten ersichtlich:

- a) Die Struktur des *Tripartitum* (*de personis, de rebus, de actionibus*) folgt zwar auf den ersten Blick der römischrechtlichen Tradition. Diese Struktur entspricht aber eher nur formal dem System der justinianischen *Institutiones*. Werbőczy selbst gibt zu, daß er nicht einmal versucht hat, die Institute und Begriffe des feudalen ungarischen Gewohnheitsrechts in das gäianisch-justinianische Institutionensystem zu zwängen.
- b) Die vom römischen Recht her bekannten allgemeinen Rechtsbegriffe (z.B. *ius naturale, ius publicum, ius privatum, ius civile, ius gentium*) und Grundsätze (z.B. *ius est ars boni et aequi*) hat Werbőczy ebenfalls eher nur formal adaptiert. Diese sind in der Einleitung (*Prologus*) zu finden, werden jedoch bei der Erörterung der konkreten Rechtsinstitute nicht berücksichtigt.
- c) Römischrechtlichen Einfluß spiegeln auch der (oft nicht adäquate) Gebrauch der Terminologie des *ius Romanum* und die Erwähnung von etlichen Instituten des römischen Privatrechts wider. Beispiele hierfür sind die Aufteilung der *tutela* in testamentarische, gesetzliche und amtlich verordnete Vormundschaft, einzelne Regeln in Bezug auf das Testamentsrecht, die väterliche Gewalt (*patria potestas*) und die Unterscheidung zwischen *populus* und *plebs*.

4. Das *Tripartitum* war auch außerhalb des Königreichs Ungarn bekannt. Es wurde in mehrere Sprachen übersetzt und auch –vor allem auf der Balkanhalbinsel– als Rechtsquelle angewandt⁹.

⁹ In Bezug auf die Kenntnis des *Tripartitum* in Österreich bzw. in den österreichischen Erbländern siehe: W. Brauner: Werbőczy *Tripartitum* in Österreich. In: Studien über István Werbőczy. (Hrsg. von

Bis heute ist es umstritten, wo sich Werbőczy seine Kenntnisse über das römische Recht angeeignet haben könnte. Zu seinen Lebzeiten gab es in Ungarn keine Juristenausbildung auf Universitätsebene, da die im Jahre 1367 in Pécs (auf Lateinisch: civitas Quinqueecclesiensis, auf Deutsch: Fünfkirchen) gegründete Universität bereits in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts aus finanziellen Gründen ihre Pforten geschlossen hatte¹⁰.

Nach der herrschenden Meinung könnte als maßgebliche Quelle für das *Tripartitum* das Lehrbuch des am Anfang des 14. Jahrhunderts in Neapel tätigen Raimundus Neopolitanus (Raymund von Neapel)¹¹ über das römische und kanonische Recht gewesen sein. Das als *Summa legum Raimundi Parthenopei* bezeichnete Werk war wahrscheinlich während der italienischen Feldzüge des Königs Ludwig (auf Ungarisch: Lajos, auf Italienisch: Luigi d'Angiò) I. (des Großen) aus der Anjou-Dynastie nach Ungarn gelangt, wie auch nach Polen, wo es sogar unter die „Landesstatuten“ aufgenommen wurde. Die *Summa legum Raimundi* hat das Gewohnheitsrecht (*ius consuetudinarium*) der süditalienischen Städte und die strafrechtlichen Gesetze der Anjous (auf Italienisch: Angioini) zum Inhalt. Sie wurde in die Rechtsbücher (auf Ungarisch: *jogkönyvek*) mehrerer freier königlicher Städte (auf Lateinisch: *liberae regiae civitates*, auf Ungarisch: *szabad királyi városok*) Oberungarns (*Hungaria Superior*), z.B. von Bártfa (auf Deutsch: Bartfeld, heute Bardejov in der Slowakei) und Eperjes (auf Deutsch: Preschau, heute Prešov in der Slowakei), aufgenommen¹². Es gibt zudem auch Abschriften der *Summa* von

G. Hamza unter Mitwirkung von Á. Boóc und Cs. Buzády) Budapest, 2001. S. 13-26. Das *Tripartium* wurde unter anderem auch in slawische Sprache (ins Kroatische) übersetzt. Vgl. K. Kadlec: Das *Tripartium* des István Werbőczy. Beograd, 1909. Ivan Pergosich unternahm im Jahre 1574 die Übersetzung ins Kroatische, da das *Tripartium* in Kroatien, ab dem Jahre 1102 als Nebenland (mit weitgehender Autonomie) von Ungarn, in Kraft war.

¹⁰ Erwähnung verdienen die kurzlebigen Universitätsgründungen in Óbuda (auf Deutsch: Altofen) durch König Sigismund (auf Ungarisch: *Zsigmond*) in den Jahren 1395/1410. Die Universität von Óbuda hatte auch eine juristische Fakultät, wo aber nur das kanonische Recht unterrichtet wurde. Am Konzil von Konstanz waren alle vier Fakultäten der Universität (die juristische Fakultät mit drei Kanonisten) vertreten. König Matthias (*Mátyás*) gründete im Jahre 1467 eine Universität (*Academia Istropolitana*) in Pozsony (auf Deutsch: Preßburg), die aber nach seinem Tode wieder geschlossen wurde.

¹¹ In der Fachliteratur bestehen bezüglich der Identität des Autors Zweifel, da der Name des Raymundus nur in der Handschrift aus Krakau aus dem Jahre 1506 erwähnt wird; siehe: E. Seckel: Über die „*Summa legum*“ des Raymund von Wiener-Neustadt, Beiträge zur Geschichte beider Rechte im Mittelalter I., Tübingen, 1898.; G. Salvio: Intorno all a“*Summa legum*“ di Raymundus Neopolitanus. In: Atti della Regia Accademia di Napoli. Classe di Scienze Morali e Politiche. Napoli 46 (1920) S. 445-451.; G.M. Monti: Raymundus Parthenopeus. In: Dal Duecento al Settecento. Studi storico-giuridici. Napoli, 1925. S. 41-80; A. Gál: Die „*Summa legum brevis, levis et utilis*“ des sog. Doktor Raymundus von Wiener Neustadt. Weimar, 1926.; E. Besta: Le relazioni tra la c.d. *Summa Raymundi* e la letteratura giuridica italiana. Rivista Italiana delle Scienze Giuridiche (Nuova serie) II., 1927. S. 77-100.; K. Kolańczyk: *Summa legum, brevis, levis et utilis* - Monument mystérieux du droit romain médiéval. SDHI 17 (1975) S. 161-173. und Gy. Bónis Der Zusammenhang der „*Summa Legum*“ mit dem „*Tripartitum*“. Studia Slavica Hungarica XI, Budapest, 1965.

¹² Aus der reichen Literatur siehe insbesondere: A. Tomaschek: Über eine in Österreich in der ersten Hälfte des XII. Jahrhunderts geschriebene *Summa legum* und ihr Quellenverhältnis zu dem Stadtrechte von Wiener-Neustadt und dem Werbőczyischen *Tripartitum*. In: Sitzungsberichte der phil.-hist. Klasse der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften in Wien. Wien, 1884; B. Schiller: A Hármaskönyv egyik állítólágos főforrásáról. (Über eine angebliche Hauptquelle des *Tripartitums*) Budapest, 1908; R. Bartsch: Das eheliche Güterrecht in der *Summa Raymundi* von Wiener-Neustadt. Wien, 1912; E. Besta: Le relazioni tra la c.d. *Summa Raymundi* e la letteratura giuridica italiana. Rivista Italiana delle Scienze Giuridiche (Nuova serie) II., 1927. S. 77-100.; K. Rebro: *Summa Legum Raimundi v mestskom práve na Slovensku*. In: Sbornik filozofickej fakulty Univerzity Komenského 15 (1961) S. 155-170; Gy. Bónis: Zusammenhang der *Summa Legum* mit dem *Tripartitum*. In: Studia Slavica Hungarica, 1965; K.

Krakau (Krakow) und von Wiener Neustadt erhalten geblieben. Nach jüngsten Forschungen war Werbőczy Quelle hinsichtlich des römischen Rechts wahrscheinlich die Krakauer Fassung, woraus man darauf schließen kann, daß Werbőczy an der im Jahre 1364 gegründeten Universität Krakau, wenigstens an der Artistenfakultät (*facultas artium*), studiert haben könnte.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß das *Tripartitum* einerseits inhaltlich tief im Mittelalter verankert ist, andererseits aber auch als ein Zeichen des neuen, humanistischen Interesses an den Rechtseinrichtungen des antiken Roms zu betrachten ist.

2. NEUZEIT

2.1. DAS PRIVATRECHT UND DAS RÖMISCHE RECHT IM ZEITRAUM VON 1514 BIS ZUM 19. JAHRHUNDERT¹³

1. Der wirtschaftliche Aufschwung in Ungarn war zur Entstehungszeit des *Tripartitum* vor allem in den Städten, aber wohl auch an den Adelshöfen, deutlich spürbar. Ab dem Jahre 1530 haben diese Veränderungen den Geistlichen Imre Pápóczy zur Verfertigung seines Preßburger Formelbuches (*Formularium Posoniense*) angeregt. Diese Sammlung, vom Verfasser durchaus auch als Lehrbuch gedacht, versucht die damaligen höherentwickelten wirtschaftlichen Verhältnisse juristisch zu regeln. Dieses Formelbuch besteht vorwiegend aus Kaufformeln römischrechtlicher Prägung und dazugehörigen Kommentaren. Die Wirkung des römischen Rechts ist auch in den in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts verabschiedeten Gesetzen (Gesetzesartikeln) unverkennbar¹⁴.

Zur Verlangsamung der ungarischen Rechtsentwicklung und zum Erstarren bzw. Erlahmen der Rechtswissenschaft hat neben der Teilung des Landes in drei Teile im Jahre 1541¹⁵ hauptsächlich der Umstand beigetragen, daß Werbőczy *Tripartitum* (in dem der Autor das römische Recht generell gesehen eher formal als substantiell behandelt) drei Jahrhunderte lang zu „des Adels Bibel“ geworden ist: Das *Tripartitum* wurde weder kommentiert noch weiterentwickelt. Dies führte dazu, daß im Rechtswesen und in der Rechtswissenschaft den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen keine entsprechende Rechnung getragen wurde. Erwähnung verdient, daß Laufe des 16. Jahrhunderts die ungarischen Humanisten zwar versucht haben, das *Corpus Iuris Civilis* wenigstens teilweise rezipieren zu lassen, aber den starken Widerstand der Verfechter des ungarischen mittelalterlichen Gewohnheitsrechts (*ius consuetudinarium*) nicht zu überwinden vermochten.

2. Johannes Honterus (János Honterus, 1498-1549) erstellte im Jahre 1539 sein Werk didaktischer Natur *Sententiae ex libris Pandectarum iuris civilis decerptae*, das auf eine

Rebro: I manoscritti della „Summa Legum Raimundi Parthenopei“ in Slovacchia. In: Atti del Convegno Internazionale di Studi Accursiani. Bologna, 1963. III. Milano, 1968. S. 953-978. und ders.: Eine weitere Handschrift der Summa Legum Raymundi. In: Festschrift für H. Lentze zum 60. Geburtstag. (Hrsg. von N. Grass und W. Ogris) Innsbruck – München, 1969.

¹³ A. Degré: Elemente des römischen Rechts im Vermögensrecht der ungarischen Leibeigenen. In: Einzelne Probleme der Rechtsgeschichte und des römischen Rechts. Szeged, 1970. K.K. Klein: Der Humanist und Reformator Johannes Honter. Sibiu, 1935. und B. Szabó: Johannes Honterus. In: Magyar jogtudósok I. (Hrsg. von G. Hamza) Budapest, 1999. S. 13-40.

¹⁴ Im Falle des Gesetzesartikels 1542: XLIII über die Ermittlung der Vaterschaft ist z.B. der Einfluß des aus der Zeit Kaiser Vespasians (69-79 n.Chr.) stammenden *SC Plancianum* ersichtlich.

¹⁵ Der zentrale Teil Ungarns wurde von den Osmanen besetzt, Nord- und Westungarn wurde von den Habsburger regiert (das königliche Ungarn), während Siebenbürgen als Fürstentum zum (teilweise autonomen) Vasallenstaat des Osmanischen Reiches wurde.

allgemeine Verbreitung der Quellen des römischen Rechts abzielte. Im Vorwort legte der herausragende Humanist aus Siebenbürgen die Vorteile des übersichtlichen und systematisierten römischen Rechts gegenüber dem oft allzu unsicheren (und unzuverlässigen) städtischen Gewohnheitsrecht dar. Sein späteres Werk, das *Compendium iuris civilis in usum Civitatum ac Sedium Saxoniarum in Transylvania collectum* aus dem Jahre 1544, diente später sogar als Grundlage für die Statuten der sächsischen Städte in Siebenbürgen. Diese sächsischen Städte waren Bestandteile des Gebiets namens Königsboden (auf Lateinisch: *fundus regius*, auf Ungarisch: *Királyföld*), in denen die Statuten –das *Eigen-Landrecht* der Siebenbürger Sachsen– vom Jahre 1583 an knapp drei Jahrhunderte lang in Kraft blieben.

Die erste Ausgabe des *Corpus iuris Hungarici* aus dem Jahre 1581 ist das Verdienst von Johannes Sambucus (János Zsámboki, 1531-1584). Zsámboki hatte die Rechtsregeln aus dem letzten Titel der Digesten (50, 17) unter dem Titel *Regulae iuris antiqui* in diese Ausgabe als Anhang zum *Tripartitum* aufgenommen. Diese Grundregeln des römischen Rechts haben somit auch formal Eingang in die ungarische Rechtsordnung gefunden.

Das Werk des Decius Barovius (János Baranyai Decsi, ca. 1560-1601) mit dem Titel *Syntagma institutionum iuris imperialis sive Iustiniani et Hungarici* erschien im Jahre 1593 und behandelte die Institute des einheimischen ungarischen Rechts (*ius patrium*) im System der justinianischen Institutionen.

3. Im 17. und 18. Jahrhundert war das römische Recht Pflichtfach im Unterrichtssystem der juristischen Akademien bzw. Lyzeen. Wissenschaftlich wurde das römische Recht vor allem von den Professoren der Universität in Nagyszombat (auf Deutsch: Tyrnau, heute Trnava in der Slowakei) gepflegt. Auch in denjenigen Werken, die das heimische Recht bzw. Landesrecht (*ius patrium*) zusammenfassen und ordnen wollten, ist der Einfluß des römischen Rechts erkennbar.

János Szegegy (1699-1760) vergleicht in seinem Werk *Tripartitum iuris Hungarici tyrocinium* vom Jahre 1734 die Institute des ungarischen Rechts mit denjenigen des römischen Rechts.

Imre Kelemen (1744-1819), ein herausragender Kenner des in Ungarn geltenden Privatrechts, beruft sich ebenfalls des öfteren auf das römische Recht, besonders in seinem dreibändigen Werk *Institutiones iuris Hungarici privati* aus dem Jahre 1814.

2.2. DAS RÖMISCHE RECHT UND DIE PRIVATRECHTSWISSENSCHAFT IM 19. JAHRHUNDERT¹⁶

1. Der erste ernsthafte Wandel im ungarischen Rechtsleben kam mit dem Eindringen der pandektistischen Richtung der Historischen Rechtsschule einher. Dieser Umbruch zeigt sich zuerst beim ersten herausragenden Privatrechtswissenschaftler des 19. Jahrhunderts, bei Ignác Frank (1788–1850). Ignác Frank sprach sich, wie auch Friedrich Carl von Savigny,

¹⁶ E. Böszörményi-Nagy: Das ungarische Erbrecht zur Zeit des Dualismus. In: Die Entwicklung des Zivilrechts in Mitteleuropa, 1848-1944. (Hrsg. von A. Csizmadia und K. Kovács) Budapest, 1970. S. 413-429.; E. Pólay: A pandektisztika és hatása a magyar magánjogtudományra. (Die Pandektistik und ihr Einfluß auf die ungarische Privatrechtswissenschaft) AUSz 23, 6 (1976); J. Zlinszky: Wissenschaft und Gerichtsbarkeit. Quellen und Literatur der Privatrechtsgeschichte Ungarns im 19. Jahrhundert. Frankfurt am Main, 1997. Über Ignác Frank siehe: L. Villányi Fürst: In: Jogi professzorok emlékezete. Budapest 1935; Über Gusztáv Wenzel siehe: T. Balázs T., AnnUB 31 (1990); Über Gusztáv Szász-Schwarz siehe: K. Szladits: Magyar jogászegyleti értekezések. Kecskemét, 1934; Über Elemér Balogh siehe: G. Hamza: Balogh Elemér. (Elemér Balogh) In: Magyar Jogtudósok I. (Hrsg. von G. Hamza) Budapest, 1999. S. 137-146.

konsequent gegen eine Kodifikation des Privatrechts aus. Für den hervorragenden ungarischen Rechtswissenschaftler László Szalay (1813-1864) ist sein Zeitgenosse Ignác Frank der „Wegweiser in eine neue Ära Frank verwendet in seinem 1823 veröffentlichten Werk *Specimen elaborandarum institutionum iuris civilis Hungarici* bei der Erörterung der ungarischen Grundstücksverhältnisse römische Rechtsbegriffe, die auch in seinen anderen Arbeiten auftauchen. Ein engagierter Bekenner der Historischen Rechtsschule war auch Ignác Franks Schüler Gusztáv Wenzel (1818-1891), in dessen Werken man ebenfalls zahlreiche Bezüge zum römischen Recht findet.

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts übte die deutsche Pandektistik immer größeren Einfluß auf die ungarische Rechtswissenschaft und auch auf die richterliche Praxis aus. Die meisten ungarischen Romanisten und Privatrechtswissenschaftler waren in dieser Zeit Schüler von deutschen Pandektisten.

2. Der namhafteste ungarische Jhering-Schüler war der Romanist und Privatrechtler Gusztáv Szászy-Schwarz (1858-1920). Auch der an der Rechtsakademie in Győr, später in Nagyszében (auf Deutsch: Hermannstadt, heute Sibiu in Rumänien) tätige Mihály Biermann (1848-1889) besuchte die Vorlesungen Jherings in Göttingen. Der in der Rechtsvergleichung herausragende Verdienste erworbene und international hoch angesehene Elemér Balogh (1881-1955) war Schüler von Heinrich Dernburg in Berlin. Damit ist es zu erklären, daß diese und andere ungarische Rechtsgelehrten durch ihre rechtsliterarische Tätigkeit die Übernahme der Konstruktionen des deutschen Pandektenrechts bzw. der Pandektenwissenschaft in die ungarische Rechtsprechung und Doktrin vorantrieben.

2.3. DIE BEDEUTUNG DES GEWONNHEITSRECHTS FÜR DIE RICHTERLICHE REZEPTION DES RÖMISCHEN RECHTS

1. Der Umstand, daß die formelle Rezeption des römischen Rechts ausgeblieben ist, bedeutete aber bei weitem noch nicht, daß das römischrechtliche *Gedankengut* für die weitere Entwicklung des ungarischen Privatrechts verschlossen geblieben wäre. Da das ungarische Zivilrecht *in complexu* erst im Jahre 1959 kodifiziert wurde, ist der Rechtsprechung stets eine schöpferische Rolle zuerkannt worden. Man hielt an der traditionellen Lehre fest, und das Gewohnheitsrecht (*ius consuetudinarium*) bewahrte seinen privilegierten Platz unter den Rechtsquellen. Das Gesetz 1869: IV, das „Grundgesetz der richterlichen Gewalt“, wies den Richter an, nach „dem Gesetz, den gesetzmäßig erlassenen und verkündeten Verordnungen und dem Gewohnheitsrecht mit Gesetzeskraft“ zu urteilen. Die Gerichte verwiesen häufig auf das Gewohnheitsrecht, ohne jedoch diese Quelle näher zu erläutern. So konnte man in den Entscheidungsgründen Hinweise lesen wie „im Sinne des Gewohnheitsrechts des Landes“ oder „es ist geltendes Gewohnheitsrecht, daß...“. Der Oberste Gerichtshof (*Curia*) betonte ständig, daß seine Rolle nicht darin bestehe, neue Regeln zu schaffen, sondern darin, die geltenden Rechtssätze festzustellen und auf den konkreten Fall anzuwenden; da aber relativ wenige zivilrechtliche Bereiche gesetzlich geregelt waren, mußte angenommen werden, daß die vom Obersten Gerichtshof formulierten Regeln meist im Gewohnheitsrecht verankert waren. Mit Rücksicht darauf, daß das Gewohnheitsrecht nicht näher präzisiert wurde, konnten die Richter unter dem Gewande des Gewohnheitsrechts auch römischrechtliche Regeln anwenden und durchsetzen.

Beachtung verdient das Gesetz 1912: LIV, das einen weiteren Beitrag zur Festigung dieser schöpferischen Tätigkeit der Rechtsprechung geleistet hatte. Dieses Gesetz vom Jahre 1912 führte den Grundsatz der bindenden Kraft der Präjudizien ein, wenn auch nur in einem beschränkten Umfang. Dadurch konnte die Anwendung des römischen Rechts auf Umwegen gefördert werden. Vormalig hatten die Präjudizien (trotz der erwähnten Bedeutung des nicht in Gesetzesform gefaßten Rechts) keine von Rechts wegen bindende Wirkung. Selbst die

Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes hatten vorher nur eine *de facto*-Autorität, aber keine *de iure* bindende Kraft (*vigor legis*).

Im Sinne dieses Gesetzes (§§ 70-78) waren von nun an die vom Plenum und vom Rechtseinheitssenat des Obersten Gerichtshofes gefällten Entscheide für alle Gerichte des Landes bindend. Mit diesen Bestimmungen wurde dem Obersten Gerichtshof ein wirksames Mittel zur Verfügung gestellt, dessen er sich bei der Entwicklung eines *einheitlichen* modernen Privatrechts erfolgreich bediente.

2. Die Möglichkeit der richterlichen Rechtsentwicklung wird auch in der neueren Gesetzgebung –sogar nach der Verabschiedung des ungarischen ZGB vom Jahre 1959– sowohl theoretisch als auch praktisch anerkannt. Darauf verweist z.B. die Begründung der Novelle des ZGB (Gesetz 1977: IV). Es wird mancherorts in dieser Begründung betont, daß das Gesetz nur Prinzipien formuliere und die detaillierte Bearbeitung noch Sache der Gerichtspraxis sei.

Um ein einziges Beispiel dafür zu erwähnen: das Zivilgesetzbuch bestimmt, daß sich jedermann im Prozeß auf die Nichtigkeit eines Vertrages berufen kann. Von der Gerichtspraxis, die dabei offensichtlich der *Regula Catoniana* des römischen Rechts (*Quod initio vitiosum est, non potest tractu temporis convalescere*) Rechnung trug, wurde ergänzend festgesetzt, daß es hierfür keine zeitlichen Grenzen gibt. Die erwähnte Novelle zum ZGB vom Jahre 1977 fügte diese Regel in den Text des § 234 ZGB ein.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß das römische Recht in Ungarn nicht *ratione imperii* sondern *imperio rationis* im Laufe der Jahrhunderte zur Anwendung kam.

2.4. DAS RÖMISCHE RECHT UND DIE PRIVATRECHTLICHEN KODIFIKATIONSBESTREBUNGEN

1. Im Gegensatz zu den cisleithanischen Ländern bzw. österreichischen Erbländern /Erbländen/ (Österreich) wurde in Ungarn bis Ende des 18. Jahrhunderts die Kodifikation des Privatrechts nicht in Angriff genommen. Nicht einmal der reformgesinnte Joseph II. (König von Ungarn –obwohl er sich nicht mit der Stephanskronen krönen ließ, um den Eid auf die ungeschriebene ungarische Verfassung zu vermeiden– und gleichzeitig Kaiser des Heiligen Römischen Reichs) versuchte, das im Königreich Ungarn, d.h. in den Ländern der Krone Stephans des Heiligen, geltende Privatrecht in einem Kodex zu regeln.

Nach dem Tode Josephs II. (1780-1790) beauftragte der ungarische Reichstag (*Diaeta*) im Jahre 1790/1791 neun Ausschüsse mit der Ausarbeitung von Vorschlägen bezüglich einer Verwaltungs- und Justizreform. Die juristische Kommission (*deputatio juridica*) erhielt von der Diät den Auftrag zur Vorlage eines Entwurfs von „einigen nützlichen Gesetzesvorlagen bürgerlicher Gesetze“ (*Projectum Nonnullarum Utilium Legum Civilium*, Gesetzesartikel 1791: XVIII). Bei diesem Vorhaben ging es nicht um eine allumfassende Kodifikation. Der Auftrag hatte mehrere offizielle Zielvorgaben: Bestandsaufnahme über die geltenden Gesetze (*leges et decreta*) und der einschlägigen Gerichtsentscheidungen (*decisiones curiales*), Erhöhung der Vermögenssicherheit sowie Verhinderung von unbegründeten Prozessen.

Die *deputatio juridica* beendete ihre Beratungen bereits im Jahre 1793. Das durch diese Kommission fertiggestellte Werk hieß *Projecta et Elaborata Excelsae Regnicolaris Deputationis in Juridicis*. Diese Gesetzesvorschläge wurden erst im Jahre 1826, während des ungarischen feudalen Reichstages (1825/1827, genannt „erste Reformdiät“) gedruckt und den Komitaten zur Diskussion zugesandt. Die *Projecta* umfaßten das ganze damalige adelige Privatrecht (*ius privatum nobiliare*), zahlreiche prozeßrechtliche Elemente und Straftatbestände sowie Sanktionen bei einzelnen eigentumsverletzenden Gewalthandlungen. Das in 69 Gesetzesartikeln gegliederte Rechtsmaterial war nicht im galianisch-justinianischen Institutionensystem (*personae-res- actiones*) verfaßt. Auch sonst kann dieses Werk nicht als Kodifikationsversuch angesehen werden.

Obwohl in einigen Bereichen (Schenkung, Erbfolge, Perennalfassio: *fassio perennalis*, Pfand, Schulden) eine ganze Reihe Gesetzesvorlagen verfertigt wurde, enthielten diese lediglich die notwendigsten Reformen im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung der bestehenden feudalen Ordnung – der Notwendigkeit der bürgerlichen Umgestaltung trugen sie aber keine Rechnung. Das zwischenzeitlich (am 1. Januar 1812) in Kraft getretene österreichische ABGB spielte für die Vorbereitung der *Projecta* (genannt auch *Projectum juridicum*) keine Rolle.

Die gedruckten und den Komitaten versandten *Projecta* wurden durch die Ausschüsse der ersten Reformdiät im Jahre 1827 erneut diskutiert. Wegen der konservativen Haltung der Kommissionsmitglieder wurden aber die *Projecta* abgelehnt. Nur einige setzten sich für eine Kodifikation auf der Grundlage des *Projectum juridicum* ein. Die meisten Politiker und Juristen dagegen hielten immer noch an Werböczy *Tripartitum* fest. Die damaligen bekannten Professoren des *ius patrium* wie István Huszty, Imre Kelemen und Sándor Kövy wollten das System des Zivilrechts innerhalb des Rahmens der bestehenden feudalen Rechtsordnung reformieren. Sie wollten also eher die bestehende, d.h. geltende Rechtsmaterie lediglich systematisieren als grundlegend (neu-)kodifizieren.

2. Nach dem Scheitern dieses Versuchs der Kodifikation des Privatrechts versuchte der Hegelianer und entschiedener Gegner von Savignys kodifikations skeptischen Ideen László Szalay (1813-1864) das ungarische Privatrecht auf der Grundlage des von ihm als Ideal betrachteten französischen *Code civil* zu kodifizieren. Dieser Versuch war aber zum Scheitern verurteilt, da der französische *Code civil* als Modell für einen Zivilrechtskodex vor allem aus politischen und ideologischen Gründen im damaligen Ungarn nicht akzeptabel war.

Betonenswert ist, daß im Königreich Ungarn im Reformzeitalter zahlreiche Teilbereiche des Privatrechts im weiten Sinne gesetzlich geregelt wurden, wie z.B. das Recht der Kaufleute und das Konkursrecht.

3. Im Zuge der Revolution und des Unabhängigkeitskampfes 1848/1849 wurde der Gesetzesartikel 1848: xv verabschiedet. Dieses Gesetz erklärt grundsätzlich die Avitizität (*aviticitas*) für abgeschafft und kündigt die Kodifizierung des Privatrechts an.

Um die Kodifizierung vorzubereiten, richtete der hervorragende Rechtswissenschaftler und damalige Justizminister Ferenc Deák (1803-1876) im „Justizministerium“ (d.h. in der Justizabteilung des damaligen einheitlichen Ministeriums) eine Kodifikationsabteilung ein. Deák bestimmte unter anderem als Aufgabe die Fertigstellung des „Straf-, Bürgerlichen und Bergbaugesetzbuches“. Mit der Leitung der Abteilung wurde ursprünglich László Szalay selbst beauftragt. Wie Szalays Brief aus Frankfurt am Main (wo er eine diplomatische Mission bei der deutschen Nationalversammlung wahrnahm) bezeugt, konnte der am 2. Juli 1848 einberufenen ungarischen Nationalversammlung kein Entwurf vorgelegt werden. Es war nämlich lediglich „ein dünnes Aktenbündel“ im Hinblick auf die Kodifikation im Archivmaterial des „Justizministeriums“ vorhanden.

Folglich ist auch dieser dritte Kodifikationsversuch mißglückt, vor allem wegen des späteren Geschichtsverlaufs (Scheitern der ungarischen Unabhängigkeitsbewegungen).

Erwähnung verdient, daß Lajos Kossuth (1802-1894), der ursprünglich ebenfalls Jurist war, eher die Verabschiedung eines provisorischen Privatgesetzbuches befürwortete.

4. Nach der Niederschlagung der Revolution und des Freiheitskampfes im August 1849 wurde im Jahre 1853 in Ungarn (und mehrere Monate später, am 1. September 1853, auch in Siebenbürgen) das österreichische Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch (ABGB) durch königliches Patent in Kraft gesetzt. Die Wiederherstellung des Konstitutionalismus im Königreich Ungarn erfolgte durch das Oktoberdiplom im Jahre 1860, das einem Staatsgrundgesetz gleichkam. Im Sinne des Oktoberdiploms lag die Gesetzgebung einschließlich der Kodifikation der Rechtsordnung im Kompetenzbereich der Landtage oder des Reichsrats. Als Folge wurde die Judexcurialkonferenz (auf Ungarisch: *Országbírói Értekezlet*) in Sopron (auf Deutsch:

Ödenburg) einberufen, die Reform des ungarischen Privatrechts auf nationalen Grundlagen in Angriff nahm.

Einige Teilnehmer der Judexcurialkonferenz, unter anderem György Zsivora (1804-1883)¹⁷, befürworteten die Beibehaltung des ABGB, wenn auch mit einigen Modifikationen. Diese Modifikationen sollten die Eigentümlichkeiten der ungarischen Rechtsentwicklung berücksichtigen

Die Judexcurialkonferenz verabschiedete im Jahre 1861 die „Provisorischen Justizregeln“ (auf Ungarisch: *Ideiglenes Törvénykezési Szabályok*). Das ABGB war demnach grundsätzlich bis zur Verkündung der Provisorischen Justizregeln in Kraft. Indes galt das ABGB weiterhin in einigen Teilen Ungarns, z.B. im historischen Siebenbürgen, weiter fort, da diese Gebiete vor dem Ausgleich im Jahre 1867 zentral von Österreich aus verwaltet wurden. Die Wiederaufnahme der Vorarbeiten an einer Kodifikation des Privatrechts für das *gesamte* ungarische (Staats-) Gebiet ließ daher fast bis zum Ausgleich (auf Ungarisch: *Kiegyezés*) auf sich warten.

5. Die am 10. Dezember 1865 einberufene Nationalversammlung beschloß, ein ungarisches bürgerliches Gesetzbuch auszuarbeiten. Im Zusammenhang damit prallten im Wesentlichen folgende Standpunkte aufeinander: Auf der ersten Juristenversammlung in Ungarn im Jahre 1870 wurde vorgeschlagen, das österreichische ABGB provisorisch wieder in Kraft zu setzen. Dabei betonten sie, vor allem Imre Hódossy, daß lediglich zehn Prozent des Textes des ABGB reformbedürftig sei. Andere hingegen, wie etwa Antal Rentmeister, Anhänger der historischen Rechtsschule, wiesen auf die Wichtigkeit der Bewahrung des alten, heimischen Rechts (*ius patrium*) hin. Rezső dell'Adami wiederum betonte, daß auch das (als heimisches Recht betrachtete) *Tripartitum* von Werbóczy viele fremde Elemente in sich aufgenommen hätte. Ein bedeutender Befürworter der vierten Richtung, nämlich der Schaffung eines neuen, eigenständigen ungarischen bürgerlichen Gesetzbuches, war Sándor Daempff.

Nach diesen Vorgängen arbeitete der ungarische Romanist und Zivilist Pál Hoffmann im Jahre 1871 den Entwurf des Allgemeinen Teils des ungarischen bürgerlichen Gesetzbuches (auf Ungarisch: *Általános Magánjogi Törvénykönyv*) aus. Hierzu war er vom damaligen Justizminister Boldizsár Horvát (1822-1898) beauftragt worden. Hoffmanns Entwurf folgt im Wesentlichen den entsprechenden Abschnitten des 1863 veröffentlichten und im Jahre 1865 in Kraft gesetzten, vorwiegend den Einfluß Georg Friedrich Puchtas widerspiegelnden Bürgerlichen Gesetzbuches für das Königreich Sachsen. Der Entwurf wurde von der königlichen Tafel (Obergericht) und der *Curia* (Höchster Gerichtshof) begutachtet: Als Kritik wurde sein schwerfälliger Stil und die Regelung von nicht mehr zeitgemäßen Rechtsinstituten vorgebracht.

Ein zweiter Entwurf des Allgemeinen Teils wurde im Jahre 1880 von Elek Gyóry (1841-1902) ausgearbeitet.

Der nächste zivilrechtliche Kodifikationsentwurf war auf das Erbrecht beschränkt. Zur Vorgeschichte ist zu vermerken, daß im Bereich des Erbrechts die ungarischen Juristen eine besonders konservative Haltung einnahmen. Dies wird dadurch bezeugt, daß die Judexcurialkonferenz im Jahre 1861 (die das österreichische ABGB in Ungarn weitgehend außer Kraft setzte) das Rückfallerbrecht (*paterna paternis, materna maternis*), d.h. Unterscheidung zwischen angestammten und erworbenen Gütern im Falle, daß keine Abkömmlinge vorhanden sind, sowie das Familienfideikomiß (*fideicommissum*) beibehielt. Die Teilnehmer der

¹⁷ György Zsivora nahm hohe richterliche Funktionen wahr: Im Jahre 1861 wurde er Richter an der *Tabula Septemviralis*; zwischen 1869 und 1873 war er Senatspräsident an der königlichen *Curia* (höchster Gerichtshof in Ungarn nach dem Ausgleich im Jahre 1867). Vgl. L. Tóth: Emlékbeszéd Zsivora György felett. (Gedenkrede an György Zsivora) Budapest, 1884.

Konferenz begründeten diese Entscheidung mit dem Ziel der „Wahrung der Erzeugnisse des rechtsschöpferischen Genius des Ungarntums“.

Im Jahre 1871, auf der in der Hauptstadt abgehaltenen Zweiten Juristenkonferenz, machte István Teleszky (1836-1899) den Vorschlag, das ungarische Erbrecht noch vor der allgemeinen, umfassenden Kodifikation zu kodifizieren. Zwei Jahre später wurde er vom Justizminister mit der Vorbereitung eines entsprechenden Entwurfes beauftragt. Im Jahre 1876 erschien sein Werk unter dem Titel *Örökösödési jogunk törvényhozási szabályozásához* (Zur gesetzgeberischen Regelung unseres Erbrechts), in dem Teleszky die Leitideen des Entwurfes darlegte. Eines seiner Reformvorhaben war die Abschaffung der Rückfallerbfolge (auf Ungarisch: *ági öröklés*). Der auf dieser Grundlage im Jahre 1882 erstellte offizielle „Entwurf des Allgemeinen Zivilgesetzbuches. Erbrecht“ basiert sowohl seiner Struktur als auch seinem Inhalt nach ebenfalls auf dem Bürgerlichen Gesetzbuch für das Königreich Sachsen. Er schöpfte aber auch aus dem Werk *Entwurf eines deutschen Reichsgesetzes über das Erbrecht nebst Motiven* (Braunschweig, 1876.) von Friedrich Mommsen, einem Werk, das im Zusammenhang mit den im Jahre 1873 in Angriff genommenen Entwurfsarbeiten für die privatrechtliche Kodifikation in Deutschland verfaßt worden war. Dieser Privatentwurf von Friedrich Mommsen wirkte besonders auf die Regelung hinsichtlich der letztwilligen Verfügung und des Nachlaßerwerbs in Teleszkys Erbrechtsentwurf ein. Außerdem ist zu betonen, daß im Gegensatz zum österreichischen ABGB, das dem Prinzip der Testierfreiheit folgt, beim ungarischen Entwurf die gesetzliche Erbfolge Vorrang hatte. Der Gesetzentwurf über das Erbrecht, der durch den Justizausschuß des ungarischen Abgeordnetenhauses im Jahre 1889 veröffentlicht wurde, folgte weitgehend Teleszkys Entwurf.

Der Kodifikationsversuch des Schuldrechts bzw. der Schuldverhältnisse von István Apáthy¹⁸ (1829-1889) –das übrigens auch vom Vorgänger des späteren deutschen BGB, nämlich vom *Dresdner Entwurf des Obligationsrechts* aus dem Jahre 1866 mitgeprägt wurde– folgt im Bereich der Rechtsgeschäfte der *Willentheorie* Savignys. Ebenso verhält es sich mit dem Entwurf Pál Hoffmanns und mit dem von Elek Györy redigierten Allgemeinen Teil vom Jahre 1880.

Der sachenrechtliche Entwurf von Endre Halmossy vom Jahre 1882 war hingegen nur im geringen Maße von der deutschen Pandektistik beeinflusst.

Die familienrechtlichen Entwürfe dieser Zeit stammen von László Sipöcz (*Von der Vormundschaft und Pflegschaft*, 1891), Benő Zsögöd (*Das persönliche Verhältnis der Ehegatten zueinander und eheliches Vermögensrecht*, 1891) und Lajos Králik (*Von den Eltern und den Kindern*, 1892).

Der Entwurf von Benő Zsögöd (Béni Grossschmid, 1852-1938) war kaum von der Pandektistik beeinflusst. Benő Zsögöd war vor allem auf dem Gebiet des Eigentumsrechts und des

¹⁸ István Apáthy war der Koordinator bei der Erstellung des Handelsgesetzbuches (Gesetzesartikel 1875: xxxvii). Daneben spielte er bei der Redaktion des Wechselgesetzes (Gesetzesartikel 1876: xxvii), des Konkursgesetzes (Gesetzesartikel 1881: xxiii) und des ersten ungarischen Urheberrechtsgesetzes (Gesetzesartikel 1884: xvi) eine entscheidende Rolle. Er verfaßte grundlegende Werke bzw. Handbücher zu den obigen Rechtsmaterien: *A magyar váltójog kézikönyve*. (Handbuch des ungarischen Wechselrechts) Pest, 1887; *A magyar kereskedelmi törvénykönyv tervezete*. (Der Entwurf des ungarischen Handelsgesetzbuches) I.-II. Pest, 1872-1873; *A kereskedelmi jog*. (Das Handelsrecht) Budapest, 1876. (zweite, überarbeitete Ausgabe: Budapest, 1884.); *A magyar csődjog rendszere*. (Das System des ungarischen Konkursrechts) Bde I.-II. Budapest, 1887-1888; *A szerzői jogról szóló törvény*. (Das Gesetz über das Urheberrecht). Budapest, 1885; Über István Apáthy siehe: S. Matlekovits: *Emlékbeszéd*. (Gedenkrede) In: MTA Emlékbeszédék VI. 12. Budapest, 1891 und Gy. Hoff: Apáthy István. (István Apáthy) In: *Jogi Doktorok emlékezete*. Budapest, 1935.

Erbrechts ein engagierter Vertreter, sogar Verfechter der Beibehaltung der jahrhundertelangen (feudal geprägten) Tradition ungarischen Privatrechts (*ius patrium*).

Als Resümée kann festgehalten werden, daß mithilfe der zahlreichen Teilentwürfe am Anfang der 80-er Jahre des 19. Jahrhunderts das erste lockere, gleichwohl mangelhafte „Gewebe“ eines Gesamtentwurfes des ersten bürgerlichen Gesetzbuches zustande gekommen ist. Immerhin wurde im Jahre 1894 der personenrechtliche Teil des Eherechts gesetzlich geregelt (Gesetz 1894: xxxi). Erwähnung verdient auch das Gesetz 1877: xx über die Vormundschaft und Pflegschaft.

6. Das Bestreben, ein Zivilgesetzbuch zu verabschieden, beherrschte von dem Jahre 1895 an die ungarische Rechtspolitik. Einen der konsequentesten Anhänger dieser Bestrebung findet man in dem ungarischen Romanisten und Zivilisten Gusztáv Szászy-Schwarz. Sein aus 2043 Paragraphen bestehender Entwurf (auf Ungarisch: *Tervezet*) wurde im Jahre 1900 vollendet, als der namhafte Prozeßrechtler Sándor Plósz (1846-1925) Justizminister war. Im Gegensatz zu den früheren Teilentwürfen ist dieser Entwurf (genannt: der Erste Entwurf) *umfassend*. Im Aufbau und in den Rechtsinstituten ist der Einfluß des deutschen BGB eindeutig festzustellen. Der Entwurf gliedert sich in vier Teile: Personen- und Familienrecht, Schuldrecht, Sachenrecht und Erbrecht. Die Funktionen des fehlenden Allgemeinen Teils werden in diesem Kodifikationswerk von den ersten Titeln des Schuldrechts wahrgenommen, die immerhin einem „versteckten“ Allgemeinen Teil gleichkommen. Hinsichtlich der Rechtsgeschäfte folgt dieser Entwurf der *Erklärungstheorie*.

Der Zweite Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuches aus dem Jahre 1913 (genannt: Kommissionstext vom Jahre 1913) entstand während der Amtszeit des Justizministers Jenő Balogh, der gleich seinem Vorgänger Sándor Plósz ein namhafter Jurist war. Auf diesen kürzeren, aus 1980 Paragraphen bestehenden Entwurf wirkte sich das deutsche BGB stärker aus als auf den Entwurf vom Jahre 1900. Gleichwohl hat auch dieser Entwurf keinen Allgemeinen Teil, sondern gliedert sich in folgende Bücher: Personen- und Familienrecht, Schuldrecht, Sachenrecht und Erbrecht. Demnach gibt es vom Aufbau her keinen Unterschied zum ersten Entwurf vom Jahre 1900. Die Vereine und Stiftungen werden in diesem Entwurf nicht behandelt, sondern sollten in einem eigenständigen Gesetz geregelt werden. Der Entwurf legte großes Gewicht auf den Schutz des gutgläubigen Rechtsverkehrs, wodurch etliche Änderungen im Vergleich zum ersten Entwurf zu erklären sind. Das Erbrecht ist wesentlich umfangreicher als der erbrechtliche Teil seines „Vorgänger-Entwurfs“. Die wichtigsten Neuerungen im Erbrecht sind: das dingliche Vermächtnis, die Nachlaßverwaltung und die Veräußerung der Erbschaft.

Im Jahre 1914 wurde der Dritte Entwurf (genannt: Parlamentstext vom Jahre 1914) erstellt. Im Jahre 1915 veröffentlichte man den Vierten Entwurf (genannt: Kommissionsentwurf vom Jahre 1915). Diese beiden Entwürfe enthielten nur geringfügige Änderungen zu den Entwürfen vom Jahre 1900 bzw. vom Jahre 1913. Zum Scheitern des Dritten und des Vierten Entwurfs eines bürgerlichen Gesetzbuches trug vor allem der Ausbruch des Ersten Weltkrieges bei.

7. In der Ausarbeitung des Fünften Entwurfs des Privatrechtsgesetzbuchs (auf Ungarisch: *Magánjogi törvényjavaslat*, abgekürzt *Mtj.*) aus dem Jahre 1928 spielte Béla Szászy (1865-1931) –auch „ungarischer Eugen Huber“ genannt– eine herausragende Rolle¹⁹. Der aus 2171

¹⁹ Der im Jahre 1888 an der Budapester Universität promovierte Béla Szászy nahm in den Jahren 1889-1892 ein Extraordinariat für Kirchenrecht und Rechtsgeschichte an der Rechtsakademie der Reformierten Kirche in Kecskemét wahr. In den Jahren 1892-1894 war er Richter. Ab 1894 arbeitete er im Justizministerium. Béla Szászy war seit 1918 Leiter der Abteilung für Gesetzesvorbereitung im ungarischen Justizministerium im Range eines Staatssekretärs. Im Mai 1931 wurde er zum korrespondierenden Mitglied der Ungarischen Akademie der Wissenschaften gewählt. Siehe: B. Kolosváry: Szászy Béla levelező tag emlékezete. (Erinnerung an das korrespondierende Mitglied Béla Szászy) Budapest, 1934.

Paragraphen bestehende Entwurf entstand während der Amtszeit des Justizministers András Tasnádi Nagy. Dieser privatrechtliche Kodifikationsentwurf zeugt insbesondere vom starken Einfluß des schweizerischen ZGB und des schweizerischen Obligationenrechts²⁰.

Die Struktur des Entwurfes vom Jahre 1928 weist Ähnlichkeiten mit dem deutschen BGB auf. Er gliedert sich in vier Teile auf: Personen- und Familienrecht, Sachenrecht, Recht der Schuldverhältnisse und Erbrecht. Der *Mtj.* hat aber keinen Allgemeinen Teil, mit Ausnahme der sieben Vorschriften umfassenden „Einleitenden Bestimmungen“. Daraus folgt, daß im Entwurf das Personenrecht mit dem Familienrecht zusammen in einem Buch geregelt wird. Einen weiteren Unterschied stellt die Plazierung des Sachenrechts vor dem Recht der Schuldverhältnisse dar.

Bezüglich der objektiven, vom Verschulden unabhängigen Haftung verdient die Wirkung der Pandektistik auf das ungarische Privatrecht eigens Erwähnung. In dem Entwurf des ungarischen Bürgerlichen Gesetzbuches vom Jahre 1900 wurde die Haftung unter Einwirkung des deutschen BGB auf dem Verschuldensprinzip basierend geregelt. § 1486 des Entwurfs vom Jahre 1913 ermöglichte bereits –dem Zweiten Entwurf des BGB vom Jahre 1887 folgend– den Schadensersatz auch ohne Verschulden. Der auch international bekannte und gewürdigte § 1737 des Entwurfs des Bürgerlichen Gesetzbuches aus dem Jahre 1928 (*Mtj.*) über die Billigkeitshaftung folgt im Wesentlichen –wenn auch nicht unmittelbar– dem Zweiten Entwurf des deutschen BGB, indem er die objektive Schadensersatzhaftung als subsidiäre Regelungsgrundlage anerkennt.

Zur Wirkung des *Mtj.* ist hervorzuheben, daß es von den ungarischen Gerichten gleichsam als geltendes Recht („geschriebenes Gewohnheitsrecht“, „*consuetudo scripta*“) angewandt wurde, weshalb es in Richterkreisen gerne auch als *ratio scripta* bezeichnet wurde. In dieser Hinsicht kann man gewisse Parallelzüge zwischen dem Fünften Entwurf (*Mtj.*) und dem *Tripartitum* von István Werbőczy erkennen. Manche nannten den Entwurf sogar –und zwar nicht ohne Grund als „privatrechtliche Verfassungsurkunde“.

Die herausragende Bedeutung des Kodifizierungsvorhabens wird dadurch belegt, daß ein eigenes Gesetz (Gesetz 1931: xxii) das Verfahren der parlamentarischen Debatte des *Mtj.* und der Promulgation des bürgerlichen Gesetzbuches verabschiedet worden ist. Für die Koordination der Verabschiedung war der damalige Justizminister Tibor Zsitvay (1884-1969) verantwortlich. Laut diesem Verfahrensgesetz war eine 60-köpfige Kommission zu bilden, die aus je 30 Mitgliedern des Abgeordnetenhauses (auf Ungarisch: *Képviselőház*) und des Oberhauses (auf Ungarisch: *Felsőház*) bestehen sollte. Noch in seiner Parlamentseröffnungsrede betonte der Reichsverweser (auf Ungarisch: *kormányzó*) Miklós Horthy (1868-1957), daß „das Parlament eine Aufgabe zu lösen hätte, die sich in Jahrhunderten nur selten stellt.“ Im demselben Jahr kam es aber infolge der Wirtschaftskrise zu einem Regierungswechsel, der zum zeitweiligen Ende des Kodifizierungsvorhabens führte.

Das ungarische Parlament hat diesen (Fünften) Entwurf im Jahre 1931 also aus aktualpolitischen Gründen nicht verabschiedet. Langfristig gesehen war aber entscheidend, daß nach dem Ersten Weltkrieg laut Friedensvertrag von Trianon vom 4. Juni 1920 große Gebiete vom historischen Ungarn abgetrennt und an Anrainerstaaten angeschlossen worden waren. Diese Gebiete wären nämlich mit der Verabschiedung eines ungarischen bürgerlichen Gesetzbuches in Ungarn in der Zwischenkriegszeit von der geltenden Privatrechtsordnung der Anreinerstaaten abgeschnitten worden. In diesen Gebieten galt nämlich größtenteils das

und K. Szladits: Szászy Béla. (Béla Szászy) Budapest, 1934. Siehe noch die Memoiren von Gábor Vladár (1881-1972), der im August 1944 Justizminister wurde (bis zum 16. Oktober 1944). Gábor Vladár war im Justizministerium an der Vorbereitung des Entwurfs des Bürgerlichen Gesetzbuchs beteiligt. Siehe: G. Vladár: Visszaemlékezéseim. (Meine Erinnerungen) Budapest, 1997. S. 192 ff.

²⁰ Über diesen Entwurf vom Jahre 1928 siehe: E.P. Balás: Ungarns Privatrechtsgesetzbuch. Entwurf. Budapest, 1940.

nicht kodifizierte ungarische Gewohnheitsrecht fort²¹ Eine Ausnahme hiervon bildet das an Österreich angegliederte Burgenland, wo das ABGB am 15. Juni 1922 in Kraft gesetzt wurde. Im Bereich des Eherechts galt immerhin das ungarische Eherecht fort²².

8. Als allgemeines Charakteristikum dieser fünf, zwischen den Jahren 1900 und 1928 entstandenen Entwürfe kann folgendes festgestellt werden: Die bedeutenden Neuerungen in den Entwürfen konnten zwar von der ungarischen Rechtsprechung in Ermangelung einer formalen parlamentarischen Verabschiedung offiziell nicht akzeptiert werden. Jedoch wurden diese Neuerungen zu einer Art „Fundgrube der ungarischen privatrechtlichen Einzelgesetzgebung“. Der Gesetzgeber entnahm nämlich diesen Entwürfen das Material für die später ausgearbeiteten und verabschiedeten Gesetze über die Haftung beim Tierkauf (Gesetz 1923: x), über die Hypothek (Gesetz 1927: xxxv), über das Urheberrecht (Gesetz 1921: liv) sowie über die Haftung der Gastwirte (Gesetz 1924: xiii), um nur einige Gesetze zu nennen.

2.5. DAS UNGARISCHE ZIVILGESETZBUCH VON 1959 UND SEINE REFORMEN

1. Das erste (und mit Modifizierungen heute noch gültige) ungarische Zivilgesetzbuch wurde im Jahre 1959 verabschiedet. Die Kodifikationskommission wurde vom Ministerrat im Dezember 1953 ins Leben gerufen. Unter ihren Mitgliedern befanden sich die Repräsentanten der folgenden Einrichtungen: die Lehrstühle für Zivilrecht der drei juristischen Fakultäten der Universitäten Budapest, Pécs und Szeged, der Lehrstuhl für Recht der Wirtschaftsuniversität Budapest, die zivilrechtliche Abteilung des Staats- und Rechtswissenschaftlichen Instituts der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, der Oberste Gerichtshof und die Oberste Staatsanwaltschaft sowie Vertreter des Justizministeriums.

Der (erste) Entwurf wurde im September 1956 fertiggestellt. Nachdem im Frühjahr 1957 eine vom Justizminister aufgestellte engere Kommission die prinzipiellen Fragen des Entwurfs überprüft hatte, entstand der modifizierte Entwurf des Jahres 1957. Dieser Entwurf wurde veröffentlicht und zur Diskussion gestellt. Der Text des endgültigen Entwurfes, der wieder von einer Kommission des Justizministeriums angefertigt worden war, wurde im Jahre 1959 dem Parlament als Gesetzesentwurf vorgelegt und noch im selben Jahre verabschiedet. Das ungarische ZGB ist am 1. Mai 1960 in Kraft getreten.

2. Das ZGB spiegelt auch in seiner ursprünglichen Fassung trotz seines durch die sozialistische Ideologie geprägten Grundcharakters unter anderem den Einfluß des schweizerischen Zivilgesetzbuches, des schweizerischen Obligationenrechts, des deutschen BGB und des Entwurfes des ungarischen Bürgerlichen Gesetzbuches aus dem Jahre 1928 (*Mtj.*) wider. Von den Zivilgesetzbüchern der sozialistischen Staaten berücksichtigten die Kommissionsmitglieder das Zivilgesetzbuch Sowjetrußlands vom Jahre 1922, das tschechoslowakische Zivilgesetzbuch aus dem Jahre 1950, den Entwurf des polnischen Zivilgesetzbuches aus dem Jahre 1955, das bulgarische Gesetz über Schuldverhältnisse und Verträge vom Jahre 1950 und das bulgarische Gesetz über das Eigentum vom Jahre 1951.

Das ungarische ZGB hat keinen Allgemeinen Teil, sondern nur in sieben Paragraphen gegliederte einleitende Bestimmungen. Der Kodex gliedert sich in die folgenden Teile: Einleitende Bestimmungen, Personenrecht (Der Mensch als Rechtssubjekt; Der Staat als Rechtssubjekt; Die juristischen Personen; Der zivilrechtliche Schutz der Personen), Eigentum, Schuldrecht,

²¹ Es ist auch an dieser Stelle darauf hinzuweisen, daß weite Teile des Privatrechts in Ungarn in Einzelgesetzen gesetzlich geregelt waren.

²² Siehe: Chr. Neschwara: Rezeption als Reform: Das ungarische Eherecht im österreichischen Burgenland nach 1921. ZNR 11 (1989) S. 39-62.

Erbrecht und Schlußbestimmungen. In vielen Rechtsinstituten spiegelt sich der unmittelbare Einfluß des römischen Rechts wider.

Das ZGB verwendet weder den Begriff des Sachenrechts noch den der beschränkten dinglichen Rechte. Gleichwohl ist der Inhalt der verschiedenen Formen des Eigentums (wie staatliches Eigentum, kooperatives Eigentum, das sog. „persönliche Eigentum“ und das in beschränktem Maße bestehende Privateigentum) durch die von Ulpianus entwickelten Teilberechtigungen des Eigentümers (*uti, frui, habere, possidere, abuti*) geprägt. Im Bereich des Besitzrechts kannte das ungarische ZGB nur die *possessio civilis*, nicht aber die *possessio naturalis (detentio)*. Der possessorische Besitzschutz war also im Gesetz ursprünglich nicht geregelt, wurde aber später in der richterlichen Praxis anerkannt. Bei der Eigentumsübertragung folgt das ZGB dem Traditionsprinzip: Neben dem Rechtsgrund (*causa, titulus*) wird auch die Übergabe der Sache (*traditio*) verlangt. Die Ersitzung (*usucapio*) war aber nicht dem römischen Recht nachgebildet, weil das ungarische ZGB hierfür nur eine ersitzbare Sache (*res habilis*), aber keine Gutgläubigkeit (*bona fides*) und keinen Rechtsgrund (*iustus titulus*) voraussetzte. Die Dienstbarkeiten (*servitutes*) werden als selbständige Nutzungsrechte anerkannt.

Der Schuldrechtliche Teil (Teil IV) des ZGB folgt insofern dem Pandektensystem, als er sich aus einem Allgemeinen Teil und einem Besonderen Teil zusammensetzt. Gleichwohl wird im Gegensatz zum deutschen BGB die Einteilung in einseitige und zweiseitige Rechtsgeschäfte verworfen. Die Redaktoren des ZGB folgten im Vertragsrecht der Erklärungstheorie. Gemäß der *regula Catoniana* kann man sich unbegrenzt auf die Nichtigkeit eines Vertrags berufen. Das Pfandrecht wird als Sicherung der Obligationen ebenfalls im Rahmen des Schuldrechts behandelt, wobei das *pignus Gordianum* (Pfandrecht bei Dauerschuldverhältnissen) anerkannt ist. Römischrechtlich beeinflusst ist auch die Regelung der verschiedenen Naturalobligationen (z.B. Forderungen aus Spiel und Wette). Innerhalb des Schuldrechts (in Kapitel xxxv) wurden auch die Planverträge (auf Ungarisch: *tervszerzödések*) geregelt. Dieses Kapitel wurde aber nach der Wirtschaftsreform im Jahre 1968 (Neuer Wirtschaftlicher Mechanismus, auf Ungarisch: *új gazdasági mechanizmus*) nicht mehr angewandt und im Jahre 1977 auch formal außer Kraft gesetzt.

Das ungarische Erbrecht wurzelt weitgehend im römischen Recht bzw. in der römischrechtlichen Tradition. Das ungarische ZGB kennt jedoch nur die *ipso iure*-Erbfolge, nicht aber – wie z.B. das österreichische ABGB – die *hereditas iacens*.

3. Das ungarische Zivilgesetzbuch wurde allmählich – bereits im Jahre 1967 und im Jahre 1977, aber vor allem nach dem politisch-ökonomischen Systemwechsel – von den von der sozialistischen Ideologie geprägten Bestimmungen bereinigt und mit den Erfordernissen der Marktwirtschaft in Einklang gebracht. Während einige Modifikationen des ZGB in seinem Grundcharakter veränderten (so z.B. das Gesetz 1991: xiv und das Gesetz 1993: xcii), betrafen anderen Änderungen lediglich einzelne Rechtsinstitute. Im Gesetz 1991: xiv wurden die Nichtigkeit der sittenwidrigen Verträge (*contractus contra bonos mores*) und das Prinzip *Treu und Glauben* gesetzlich eingeführt. Seit dem Jahre 1996 gibt es die Hypothek an beweglichen Sachen, die ebenfalls eine Rückkehr zur römischenrechtlichen Tradition bedeutet.

Der Umstand, daß sich das ungarische ZGB aus dem Jahre 1959 –wenngleich mit Modifikationen– sowohl während der „sozialistischen Marktwirtschaft“ als auch nach der Wende im marktwirtschaftlichen System als rechtliche Grundlage eignete, ist darauf zurückzuführen, daß die Redaktoren viel Wert auf die konstanten Elemente des Zivilrechts legten und –im krassen Gegensatz z.B. zu den Verfassern des Zivilgesetzbuches der DDR vom Jahre 1975– ideologisch gefärbten Bestimmungen wenig Raum ließen. Somit wird im ungarischen ZGB Karl Renners These über die „Neutralität des Rechts“ weitgehend bestätigt.

Auch nach der Verabschiedung des ungarischen ZGB hat –im Einklang mit der jahrhundertelangen ungarischen Tradition– die richterrechtliche Rechtsprechung, vor allem die des Obersten Gerichtshofes (auf Ungarisch: *Legfelsőbb Bíróság*) eine schöpferische Rolle gespielt.

4. Viele Teilbereiche des Privatrechts wurden nicht im ZGB, sondern, dem sozialistischen Konzept der sog. Rechtszweige²³ folgend, in Sondergesetzen teilkodifiziert. Das Familienrecht wird durch das Gesetz über die Ehe, Familie und Vormundschaft vom Jahre 1952 geregelt. Dieses Gesetz wurde noch vor dem Systemwechsel mehrfach novelliert, so z.B. im Jahre 1987. Das Arbeitsgesetzbuch vom Jahre 1967 –das Arbeitsrecht wurde bis dahin nur durch Verordnungen geregelt– wurde ebenfalls mehrfach modifiziert und im Jahre 1992 durch ein neues Arbeitsgesetzbuch ersetzt. Das „geistige Eigentum“ wurde zunächst in einem Gesetz aus dem Jahre 1969 geregelt, das im Jahre 1999 von einem neuen Gesetz ersetzt worden ist. Die Verordnung mit Gesetzeskraft (auf Ungarisch: *törvényerejű rendelet*) über das internationale Privatrecht stammt aus dem Jahre 1979. In Bezug auf die Genossenschaften sind nach der Wende die Gesetze 1992:I und 2000: CXLI verabschiedet worden.

5. Im Laufe der Vorbereitung²⁴ der Neukodifizierung des ungarischen Privatrechts (Zivilrecht, Handels- bzw. Gesellschaftsrecht) waren unterschiedliche Standpunkte in Bezug auf die eigenständige oder integrierte Kodifikation des Gesellschaftsrechts (Handelsrechts) vertreten²⁵. Diese Diskussion bezog sich auf die Anerkennung bzw. Ablehnung eines *Code unique*.

Juristische Grundlage für die staatlich initiierte Neukodifikation war der Regierungsbeschuß Nr. 1050/1998, später modifiziert durch den Regierungsbeschuß Nr. 1061/1999. Die Kodifikationshauptkommission nahm in ihrer Sitzung am 8. November 2001 das „Konzept des neuen ungarischen Zivilgesetzbuches“ (*Az új Polgári Törvénykönyv koncepciója*) an. Aufgrund des Regierungsbeschlusses Nr. 1009/2002 wurde das Konzept am 31. Januar 2002 veröffentlicht²⁶. Mit dem Regierungsbeschuß Nr. 1003/2003 wurde die Ausarbeitung eines konkreten Gesetzestextes beschlossen.

Als entschieden gilt, daß das neue Zivilgesetzbuch kein *code unique* (wie z.B. der italienische *Codice civile* vom Jahre 1942 oder das neue niederländische *Burgerlijk Wetboek*) sein wird. Einen Allgemeinen Teil wird es nicht geben. Das neue ungarische ZGB hat folgende Struktur: Einleitende Bestimmungen (Erstes Buch), Personen (Zweites Buch), Familienrecht (Drittes Buch), Sachenrecht (Viertes Buch), Schuldrecht (Fünftes Buch), Erbrecht (Sechstes Buch) und Schlußbestimmungen (Siebtes Buch). Das neue ZGB wird also im Gegensatz zum Zivilgesetzbuch vom Jahre 1959 auch das Familienrecht regeln.

Die Kodifikationshauptkommission hat das monistische Konzept (*concept moniste*) angenommen²⁷. Im Einklang damit wird das neue ZGB im Bereich der allgemeinen Regeln des

²³ Siehe: G. Hamza: A modern jogrendszeret tagozódása és a római jogi tradíció. (Die Gliederung der modernen Rechtssysteme und die römischrechtliche Tradition) *ÁJ* 40 (2004) S. 1-19. und ders.: The Classification (divisio) into „Branches“ of Modern Legal Systems (Orders) and Roman Law Traditions. *European Journal of Law Reform* 8 (2006) S. 361-382.

²⁴ In Bezug auf den theoretischen Hintergrund siehe: L. Vékás: *Az új Polgári Törvénykönyv elméleti előkérdései*. (Theoretische Vorfragen zum neuen Zivilgesetzbuch) Budapest, 2001. und ders.: *Parerga. Dolgozatok az új Polgári Törvénykönyv tervezetéhez*. (Parerga. Aufsätze zum Entwurf des neuen Zivilgesetzbuches) Budapest, 2008.

²⁵ Siehe: L. Vékás: Szükség van-e kereskedelmi magánjogra? (Ist ein Handelsprivatrecht notwendig?) *Magyar Jog* 44 (1998) S. 705-714.

²⁶ Siehe: *Magyar Közlöny* (Ungarisches Amtsblatt), 2002/15: *Az új Polgári törvénykönyv koncepciója*. (Das Konzept des neuen ungarischen Zivilgesetzbuches) Siehe noch L. Vékás: *Az új Ptk. koncepciója és tematikája* (Konzept und Thematik des neuen ungarischen ZGB) in: *Magyar Közlöny különszám* (Sonderausgabe des Ungarischen Amtsblattes), Budapest, 10. Februar 2003.

²⁷ Siehe: Szakértői Javaslat az új Polgári Törvénykönyv tervezetéhez. (Expertenvorlage eines neuen Zivilgesetzbuches für Ungarn) (Red. L. Vékás) Budapest, 2008. In Bezug auf den Text des vom Justizministerium erstellten offiziellen Entwurfes: http://www.mkogy.hu/internet/plsql/ogy_irom.irom_adat?p_ckl=38&p_izon=5949

Schuldrechts einheitlich für Kaufleute und Nicht-Kaufleute gelten. Es werden aber Sonderregelungen für Verbraucher gelten, wobei die Redaktoren den neuesten Entwicklungen im europäischen Verbraucherschutz Rechnung tragen werden. Das monistische Konzept kommt auch darin zum Ausdruck, daß die allgemeinen (privatrechtlichen) Regeln in Bezug auf die Handelsgesellschaften ebenfalls im neuen ZGB (im Teil über die juristischen Personen) zu finden sein werden.

Das Arbeitsrecht wird auch weiterhin in einem eigenständigen Kodex geregelt. Die allgemeinen Regeln des Vertragsrechts im ZGB werden aber als sekundäre Rechtsmaterie bzw. Quelle des individuellen Arbeitsvertrages gelten.

Teilregelungen im Hinblick auf das „geistige Eigentum“ (z.B. das Nutzungsvertragsrecht) werden auch in das neue ungarische Zivilgesetzbuch eingefügt.

Die Redaktoren orientieren sich nicht an einem einzigen ausländischen Zivilgesetzbuch bzw. Bürgerlichen Gesetzbuch. Deswegen dient z.B. das neue niederländische Bürgerliche Gesetzbuch (*Burgerlijk Wetboek*) nicht als ausschlaggebendes Modell. Die Redaktoren schöpfen unter anderem aus dem Wiener Kaufrechtsabkommen vom Jahre 1980, aus den UNIDROIT *Principles of International Commercial Contracts* vom Jahre 1994 und aus den *Principles of European Contract Law* vom Jahre 1997. Die Redaktoren berücksichtigen auch das Gemeinschaftsprivatrecht²⁸, bereits mit Rücksicht auf den am 1. Mai 2004 erfolgten Beitritt Ungarns zur Europäischen Union.

Der Umstand, daß Ungarn –als einziger Reformstaat in Zentral- und Osteuropa– in Ermangelung eines politischen Konsenses keine neue Verfassung verabschiedet hat, stellte kein Hindernis für den bisherigen Verlauf der Kodifikationsarbeiten dar²⁹.

6. Die Kodifizierung des ungarischen Handels- und Gesellschaftsrechts wurde bereits vom Reichstag von 1839/1840 in Angriff genommen. Die Kodifikation wurde von demselben Reichstag in Form von folgenden Einzelgesetzen realisiert: Gesetzesartikel 1840: xv über das Wechselrecht, Gesetzesartikel 1840: xvi über die Kaufmänner, Gesetzesartikel 1840: xvii über die Rechtsverhältnisse der Fabriken, Gesetzesartikel 1840: xviii über die Rechtsverhältnisse der Handelsgesellschaften, Gesetzesartikel 1840: xix über die Handelsgremien und die Handelsmakler, Gesetzesartikel 1840: xx über die Fracht, Gesetzesartikel 1840: XXI über die Intabulation der Forderungen und Gesetzesartikel 1840: xxii über den Konkurs. Diese Gesetze waren stark vom französischen *Code de commerce* beeinflusst, waren aber in vielerlei Hinsicht detaillierter und trugen den weiteren Entwicklungen im Bereich des Handelsrechts Rechnung. Ferenc Deák spielte bei den Beratungen über diese Gesetze eine entscheidende Rolle. Erwähnung verdient auch die Tätigkeit von Ignaz Wildner von Maithstein (1802-1854), der als Berater aus Wien nach Ungarn gesandt worden war. Wildner verfaßte auch einen Kommentar³⁰ zu diesen auf dem Reichstag von 1839/1840 angenommen handelsrechtlichen Gesetzesartikeln.

²⁸ Im Hinblick auf den Begriff des im Entstehen begriffenen Gemeinschaftsprivatrechts siehe aus der umfangreichen Literatur: P.-Chr. Müller-Graff: Privatrecht und europäisches Gemeinschaftsrecht. Gemeinschaftsprivatrecht. Baden-Baden, 1991².

²⁹ Eine eingehende Übersicht über die bisherigen Ergebnisse der Reform des ungarischen Privatrechts bieten die Artikel von Lajos Vékás, dem Vorsitzendem des Ausschusses der Neukodifizierung des ungarischen Privatrechts. Siehe: L. Vékás: Über die umfangreiche Reform des ungarischen Zivilrechts. In: Gedankenaustausch zwischen deutschen und ungarischen Juristen. Konferenzbeiträge 1997-2003. Budapest, 2004. S. 418-432. und ders.: Über die anhängige Reform des ungarischen Zivilgesetzbuches. ZfRV 45 (2004) S. 65-73.

³⁰ Siehe: I. Wildner: Theoretisch-praktischer Commentar der auf dem letzten ungarischen Reichstage zu Stande gekommenen Credits-Gesetze, nämlich: des Wechsel-, Handels-, Fabriks-, Gesellschafts-, Fracht-, Intabulations- und Crida-Gesetzes. I-II. Wien, 1841. Dieses zweibändige Werk wurde noch im gleichen Jahre in Pest in der Übersetzung von Pál Jászay (1809-1852) auf Ungarisch publiziert.

Das ungarische Handelsgesetzbuch vom Jahre 1875 folgte dem Modell des Deutschen Allgemeinen Handelsgesetzbuches vom Jahre 1861 (ADHGB)³¹. Im Einklang damit folgte der ungarische Gesetzgeber dem dualistischen Konzept (*concept dualiste*). (Dieses dualistische Konzept wurde auch nicht durch den Umstand ausgeschlossen, daß in Ungarn erst im Jahre 1959 ein Zivilgesetzbuch verabschiedet wurde)³². Das Handelsgesetzbuch regelte ursprünglich die damals in Europa verbreiteten Gesellschaftsformen: Offene Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft, Aktiengesellschaft sowie Genossenschaft. Im Jahre 1930 wurden diese Gesellschaften durch das Gesetz V:1930 um die Stille Gesellschaft und die GmbH ergänzt.

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurde unter sowjetischem Einfluß die Planwirtschaft eingeführt. Doch dabei wurde das ungarische HGB bezüglich der Handelsgesellschaften formal zum größten Teil nie in seiner Gesamtheit außer Kraft gesetzt. Die Regelungen des HGB in Bezug auf einige Handelsgesellschaften blieben bis zum 1. Januar 1989 in Kraft. Das ungarische HGB wurde nie in seiner Gesamtheit außer Kraft gesetzt. Einige Rechtsinstitute des ungarischen HGB wie z.B. die Anweisung (auf Ungarisch: *utalvány*) sind immer noch in Kraft. Erwähnung verdient, daß einige, ursprünglich im HGB Verträge wie z.B. der Frachtvertrag, der Speditionsvertrag und der Kommissionsvertrag in das ungarische Zivilgesetzbuch vom Jahre 1959 Eingang fanden.

Ein neues (Reform)-Gesetz über die „Wirtschaftsgesellschaften“ wurde in Ungarn bereits im Jahre 1988 verabschiedet und trat am 1. Januar 1989 in Kraft (Gesetz 1988: VI). Dieses Gesetz hatte weitgehend das ungarische Handelsgesetzbuch ersetzt und maßgeblich zum wirtschaftlichen Wandel des Landes beigetragen. Seit dem 16. Juni 1998 ist das Gesetz über die Wirtschaftsgesellschaften aus dem Jahre 1997 in Kraft (Gesetz 1997: CXLIV)³³, wobei dies durch das neue Gesetz über die Wirtschaftsgesellschaften (Gesetz 2006: IV) am 1. Juli abgelöst wird.

Parallel mit der Kodifikation des Zivilrechts läuft auch die Neukodifizierung des ungarischen Gesellschaftsrechts.

³¹ In Bezug auf die Interpretation des Handelsgesetzbuches siehe neben dem Handbuch von István Apáthy auch das grundlegende Werk von Ferenc Nagy (1852-1928): *A magyar kereskedelmi jog kézikönyve, különös tekintettel a bírói gyakorlatra.* (Handbuch des ungarischen Handelsrechts, unter besonderer Berücksichtigung der Gerichtspraxis) I-II. Budapest, 1884. Die fünfte und letzte, erweiterte Ausgabe dieses Werkes erschien im Jahre 1901 in Budapest. Ferenc Nagy befaßte sich auch mit der juristischen Natur der Handelsgesellschaften, siehe: F. Nagy: *A kereskedelmi társaságok jogi természet.* (Die juristische Natur der Handelsgesellschaften) Budapest, 1878. Ferenc Nagy war Verfasser eines Handbuches über das ungarische Wechselrecht. Siehe: F. Nagy: *A magyar váltójog kézikönyve.* (Handbuch des ungarischen Wechselrechts) Budapest, 1897. Die dritte und letzte, erweiterte Ausgabe dieses Handbuches erschien im Jahre 1901 in Budapest. Erwähnung verdient sein Kommentar über den Gesetzesartikel 1898: XXIII, der die wirtschaftlichen und industriellen Kreditgenossenschaften regelte. Siehe: *A szövetkezeti törvény magyarázata.* (Kommentar über das Gesetz über die Genossenschaften) Budapest, 1898. Sein Werk über das ungarische Seerecht hatte auch Bedeutung für die juristische Praxis, da diese Rechtsmaterie im ungarischen Handelsgesetzbuch vom Jahre 1875 nicht geregelt wurde. Siehe: F. Nagy: *Magyar tengerjog.* (Ungarisches Seerecht) Budapest, 1894.

³² In der Doktrin gab es freilich auch Gegenpositionen, nach denen die separate Kodifizierung des Handelsrechts keine Daseinsberechtigung hat. Siehe hierzu: B. Grosschmid: *A kereskedelmi jognak különválásáról.* (Über die Abspaltung des Handelsrechts). In: B. Grosschmid: *Magánjogi tanulmányok.* Budapest, 1901. S. 719-725. Grosschmid beruft sich vorwiegend auf das schweizerische Obligationenrecht, das bekanntlich dem monistischen Konzept folgt.

³³ Siehe zum ungarischen Gesellschaftsrecht im allgemeinen und zur ungarischen GmbH im besonderen: S. Sander: *Die ungarische Gesellschaft mit beschränkter Haftung – mit Gemeinsamkeiten zur deutschen GmbH.* München, 2003.

2.6. DIE WISSENSCHAFTLICHE PFLEGE DES RÖMISCHEN RECHTS

1. Das römische Recht ist seit der Gründung der juristischen Fakultät der Universität zu Nagyszombat (auf Deutsch: Tyrnau, heute Trnava in der Slowakei) im Jahre 1667 bis hin in unsere Tage an allen juristischen Fakultäten Ungarns fortlaufend fester Bestandteil der juristischen Ausbildung. Der erste Professor für römisches Recht in Nagyszombat war Ádám Takács (Textor). Die ersten erhalten gebliebenen wissenschaftlichen Veröffentlichungen stammen von Ernő Frigyes Someting (1691-1695). Zwischen den Jahren 1733 und 1749 betrieb János József Rendek eine bedeutende rechtswissenschaftliche literarische Tätigkeit; dessen Frucht war unter anderem das älteste ungarische Lehrbuch über das römische Recht –noch in lateinischer Sprache– vom Jahre 1734.

Der Unterricht an der Universität in Nagyszombat (die später, im Jahre 1777, nach Buda und im Jahre 1784 nach Pest verlegt wurde) basierte auf den Digesten- und Institutionenkommentaren ausländischer Autoren. Das früheste Werk der ungarischsprachigen Lehrbuchliteratur über das römische Recht ist das dreibändige Lehrbuch *Római magánjog* (Römisches Privatrecht – Pest, 1855-1856) von János Henfner. (Bis 1849 wurde nämlich an den höheren Schulen im Königreich Ungarn und in Siebenbürgen auf Lateinisch und im Zeitalter des Neoabsolutismus auf Deutsch unterrichtet.)

2. Pál Hoffmann (1830-1907), ein überzeugter Anhänger der Lehren Savignys, lehrte das römische Recht nach Mitte des 19. Jahrhunderts erstmals in Ungarn im Einklang mit der Betrachtungsweise der Historischen Rechtsschule. Er hat das römische Recht –mit seinen Worten– „als Lehrrecht, als Schule der juristischen Denkweise“ gelehrt. Der Unterricht dieser Disziplin bestand damals aus zwei Teilen: einerseits dem Kurs über die *Institutiones iuris Romani* (Geschichte sowie eine relativ kurze Darstellung der Rechtsinstitute des römischen Rechts) und andererseits dem *Pandektenkurs*, der im Wesentlichen mit dem an den deutschen Universitäten gelesenen Pandektenrecht gleichbedeutend war.

Unter den Lehrbüchern des römischen Rechts in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert ragt das Institutionen- und Pandektenlehrbuch von Alajos Bozóky (1842-1919), Professor an der Rechtsakademie in Nagyvárad (auf Deutsch: Großwardein, heute Oradea in Rumänien), hervor. Lajos Farkas (1841-1921), Professor in Kolozsvár (auf Deutsch: Klausenburg, heute Cluj-Napoca in Rumänien) maß in seinem Lehrbuch der Bedeutung der äußeren Geschichte (*historia externa*) des römischen Rechts besondere Bedeutung bei. Andere Professoren stellten das römische Recht als Basis für das moderne Pandektenrecht (des „*heutigen römischen Rechts*“) dar, ohne es jedoch auf das deutsche Pandektenrecht zu reduzieren. Zu dieser Schule zählten auch Gusztáv Szászy-Schwarz (Professor in Budapest) und Mór Kiss (Professor in Kolozsvár, 1857-1945), die beide die Lehren Jherings vertraten.

Eine eigenständige Richtung des Unterrichts im römischen Recht vertrat Tamás Vécsey (1839-1912), Professor an der Budapester Universität³⁴. Er war imstande, die historische Betrachtungsweise mit der dogmatischen Denkweise zu kombinieren. Seine Lehrbücher über die Geschichte und die Institute des römischen Rechts bildeten jahrzehntelang die Grundlagen für den römischrechtlichen Unterricht im Lande. Zudem verfaßte Vécsey ein grundlegendes Werk über das römische Familienrecht. Seine wertvollen monographieartigen Abhandlungen über Rechtsgelehrte aus der römischen Prinzipatszeit (Africanus, Marcellus, Ulpianus und Papinianus) werden heute noch zu wissenschaftlichen Forschungsarbeiten herangezogen.

³⁴ Über Pál Hoffman siehe: G. Hamza, In: *Magyar jogtudósok*. I. (Hrsg. von G. Hamza) Budapest, 1999. S. 51-60. Über Tamás Vécsey siehe: G. Hamza, In: *Magyar jogtudósok*. I. (Hrsg. von G. Hamza) Budapest, 1999. S. 61-74.

Das unvollendet gebliebene Werk des früh verstorbenen Budapester Professors Károly Helle (1870-1920) war ein wichtiger Beitrag zur Erforschung der Quellen des römischen Rechts, das seinen Wert bis heute bewahrt hat.

3. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die Zweiteilung des Unterrichts des römischen Rechts in Institutionen- und Pandektenkurs aufgehoben. Den Gegenstand des Unterrichts bildeten fortan nur die Institutionen.

Die Dogmatik des römischen Rechts wurde damals von Géza Marton (1880-1957) mit Hilfe der historischen Betrachtungsweise unterrichtet. Géza Marton absolvierte seine juristischen Studien in Budapest und setzte sie als Schüler von Paul-Frédéric Girard (1852-1926) in Paris fort. Seine Bekanntheit in ganz Europa ist seinen Forschungen über die privatrechtliche Haftung zu verdanken. Sein Institutionen-Lehrbuch wurde fast vier Jahrzehnte lang beinahe an allen ungarischen Universitäten und Rechtsakademien für den Unterricht des römischen Rechts verwendet. Marton selbst las zunächst an der Rechtsakademie von Máramarosziget (heute Sighet in Rumänien), später an der Rechtsakademie von Kecskemét, ab dem Jahre 1921 an der Universität von Debrecen und ab dem Jahre 1937 in Budapest³⁵.

Ein namhafter ungarischer Vertreter der Interpolationenforschung war Kálmán Személyi (1884-1946), der zuerst in Szeged und später in Kolozsvár wirkte.

Außer den bereits erwähnten Romanisten wirkten folgende namhafte Professoren für römisches Recht: Albert Kiss (1873-1937), Nándor Óriás (1886-1992), Zoltán Pázmány (1869-1948), Márton Szentmiklósi (Kajuch) (1862-1932) und Zoltán Sztéhlo (1889-1975). Zoltán Pázmány und Zoltán Sztéhlo befaßten sich außerdem mit der Papyrologie, wie auch Géza Kiss (1882-1970), der in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg in Nagyvárad, später in Debrecen und in den Jahren zwischen 1945 und 1953 an der ungarischen Universität („Bolyai Universität“) in Kolozsvár Professor für römisches Recht war.

Zu den ungarischen Romanisten zählt auch András Bertalan Schwarz (1886-1953), obwohl er nie eine Professur in Ungarn innehatte. Nach seinen Studien in Budapest und an mehreren deutschen Universitäten wirkte er zunächst ab dem Jahre 1926 in Zürich, ab dem Jahre 1931 in Freiburg im Breisgau und ab dem Jahre 1934 in Istanbul als Universitätsprofessor.

4. Von den ungarischen Romanisten, deren Forschungsarbeit sich hauptsächlich nach dem Zweiten Weltkrieg entfaltete, verdienen Károly Visky, Róbert Brósz, Elemér Pólay und György Diósi besondere Erwähnung³⁶.

Der Romanist und Zivilist Károly Visky (1908-1984) war auch international anerkannt. Nach seiner Promotion in Budapest setzte Károly Visky seine Studien in Rom und später in Paris fort. Ihn beschäftigten vor allem die Fragen der privatrechtlichen Haftung und das Ver-

³⁵ Über Géza Marton siehe: Tanítványok Marton Gézáról. (Schüler über Géza Marton) (Hrsg. von G. Hamza) Budapest, 1981. und J. Zlinszky In: Magyar jogtudósok. I. (Hrsg. von G. Hamza) Budapest, 1999. S. 97-104; Über Nándor Óriás siehe: Gy. Gátos JK 47 (1992); Über Zoltán Pázmány siehe: A. Pókecz-Kovács In: Magyar jogtudósok. II. (Hrsg. von G. Hamza) Budapest, 2001. S. 107-118. Über András Bertalan Schwarz siehe: G. Hamza, JK 34 (1979) S. 523-525; ders. In: Magyar jogtudósok. I. (Hrsg. von G. Hamza) Budapest, 1999. S. 147-154. und ders.: András Bertalan Schwarz, der auch international hochangesehene Romanist, Papyrologe und Privatrechtler (1886-1953). Index 30 (2002) S. 191-197. Über Zoltán Sztéhlo siehe: E. Pólay JK 31 (1976).

³⁶ Über Károly Visky siehe: G. Hamza, JK 39 (1984) S. 287-288. und ders., In: Magyar jogtudósok. II. (Hrsg. von G. Hamza) Budapest, 2001. S. 169-176; Über Róbert Brósz siehe: Flosculi professori R. Brósz oblati. (Hrsg. von A. Földi) Budapest, 1990., G. Hamza, ÁJ 37 (1995) S. 303-319. und A. Földi, In: Magyar jogtudósok. I. (Hrsg. von G. Hamza) Budapest, 1999. S. 169-182. Über Elemér Pólay siehe: I. Molnár, In: Magyar jogtudósok. I. (Hrsg. von G. Hamza) Budapest, 1999. S. 183-191. Über György Diósi siehe: G. Hamza, In: Magyar jogtudósok. II. (Hrsg. von G. Hamza) Budapest, 2001. S. 189-196.

hältnis der geistigen Arbeit zu den *artes liberales*. Außerdem erforschte er die Einflüsse der Wirtschaftskrise auf die Entwicklung des römischen Rechts in der Kaiserzeit. Die Ergebnisse seiner Forschungen über die letzten beiden Themen sind in Buchform auf Deutsch erschienen. Károly Visky war Anhänger der historisch-exegetischen Forschungsmethode und betonte zudem den Einfluß der wirtschaftlichen Verhältnisse auf die Entwicklung der verschiedenen Rechtsinstitute.

Auch im wissenschaftlichen Œuvre von Róbert Brósz (1915-1994), Professor für römisches Recht in Budapest, war die historisch-exegetische Methode ausschlaggebend. Als Schüler von Emilio Albertario in Rom maß er der interpolationenkritischen Methode großes Gewicht bei. Bei der Analyse einzelner Institute des römischen Rechts versuchte er die römischen Textstellen von den nicht immer quellengemäßen modernen Theorien zu trennen. Róbert Brósz verfaßte eine bis heute grundlegende Monographie über die rechtliche Lage der nicht vollberechtigten Bürger in Rom. Er behandelte damit zum ersten Male eingehend dieses wichtige, aber in der romanistischen Literatur in seiner Gesamtheit so gut wie nicht erforschte Thema. Vorrangige Bedeutung kommt seinem mit Elemér Pólay gemeinsam verfaßten Lehrbuch über das römische Recht zu. Dieses Lehrbuch schildert die Institute des römischen Privatrechts in ihrer geschichtlichen Entwicklung.

Der international hoch angesehene Romanist und Zivilist Elemér Pólay (1915-1988) hatte auch in Berlin (bei Paul Koschaker) studiert und nahm jahrelang auch eine Professur für Zivilrecht in Szeged wahr. Seine Forschungen auf dem Gebiet des Zivilrechts waren durch die historische Betrachtungsweise gekennzeichnet. Auch sein außerordentlich breitgefächertes römischrechtliches Werk war von der dogmatisch-historischen Methode geprägt. Seine Forschungen erstreckten sich unter anderem auf das Fortleben des römischen Rechts, insbesondere in Deutschland und Ungarn. Besondere Erwähnung verdient in diesem Zusammenhang seine Arbeit über Jherings Besitzlehre. Bedeutend sind auch seine Schriften über die Entwürfe der ungarischen Privatrechtskodifikation. Er verfaßte eine bedeutende Monographie über die Verträge auf den siebenbürgischen Wachstafeln.

Der namhafte Romanist Ferenc Benedek (1926-2007), Professor an der Universität Pécs, hat in seinen Aufsätzen vor allem die Fragen des römischen Personen- und Sachenrechts auf hohem Niveau behandelt. Er war auch Verfasser von Lehrbüchern, in denen das römische Sachenrecht dargelegt wurde.

Der früh verstorbene Romanist György Diósi (1934-1973) gewann bereits in jungem Alter beachtliches internationales Ansehen. Seine in englischer Sprache veröffentlichten Monographien behandeln die grundlegenden Fragen des römischen Eigentums und des römischen Vertragsrechts. Neben seinen zahlreichen anderen wissenschaftlichen Abhandlungen verdienen seine Forschungen über die Entwicklung des internationalen Privatrechts im Mittelalter besondere Erwähnung.

5. Auf die historisch tief verwurzelte romanistische Tradition des ungarischen Rechtslebens läßt sich letzten Endes der Umstand zurückführen, daß dem Unterricht des römischen Rechts auch in der aktuellen Juristenausbildung eminente Bedeutung zukommt. Der Unterricht des römischen Rechts dient einerseits einem historisch-theoretischen, andererseits einem praktischen Ziel. Der historisch-theoretische Zweck hängt damit zusammen, daß das römische Recht das höchstentwickelte Rechtssystem des Altertums darstellt.

Daher ist das Studium des römischen Rechts äußerst geeignet dafür, den Entwicklungsprozeß darzustellen, wie die einfachen Formen des Privatrechtsverkehrs durch entwickeltere Formen abgelöst werden. Der praktische Zweck des Unterrichts besteht in der eingehenden Analyse derjenigen Konstruktionen des *ius Romanum*, die auch in dem geltenden ungarischen Zivilrecht zu finden sind (z.B. Eigentumserwerb durch *traditio*, die *evictio*, das Pfandrecht, die Konventionalstrafe, die Sachmängelhaftung des Verkäufers). Zweitens geht man in diesem

Bereich davon aus, daß die hochentwickelte juristische Technik der römischen Rechtsgelehrten auch vom angehenden Juristen angeeignet werden muß. Drittens muß auch die Terminologie des römischen Rechts erlernt werden, da diese in meisten europäischen und in vielen außer-europäischen Ländern allgemeine Anwendung findet.

1. MITTELALTER

SCHRIFTTUM

A.M. Cziráky: *Ordo historiae juris civilis Hungarici*. Pest, 1794; I. Palugyay: *Werböczy István rövid életrajza*. (Kurze Biographie von István Werböczy) Pest, 1842; I. Krajner: *A magyar nemesi jószág természete Werböczy koráig, tekintettel a külföldi jogokra*. (Die Natur des ungarischen adeligen Gutes bis zum Zeitalter von Werböczy, unter Berücksichtigung der ausländischen Rechte) Pest, 1843; S. Endlicher: *Die Gesetze des Heiligen Stefan*. Wien, 1849; J. Baintner: *Magyar régi és új törvényszéki rendészet és törvényszéki eljárás*. (Ungarische alte und neue Gerichtsordnung und Gerichtsverfahren) Pozsony, 1851; J. Jerney: *A magyarországi káptalanok és conventek mint hitelmes és hiteles helyek története*. (Geschichte der Kapitel und Konvente als glaubwürdiger Orte in Ungarn) Pest, 1855; E. Dósa: *Erdélyi jogtudomány*. (Siebenbürgische Rechtswissenschaft) I-III. Kolozsvár, 1861; J. Baintner: *Az ausztriai általános magánjog alaptanai*. (Grundlehren des österreichischen allgemeinen Bürgerlichen Rechts) Pest, 1868; J. Baintner: *A bírósági szervezetről*. (Über die Gerichtsorganisation) Pest, 1870; I. von Krajner: *Die ursprüngliche Staatsverfassung Ungarns, seit der Gründung des Königtums bis zum Jahre 1382*. Wien, 1872; T. Vécsey: *A római jog története hazánkban és befolyása a magyar jogra*. (Die Geschichte des römischen Rechts in unserem Land und sein Einfluß auf das ungarische Recht) (Handschrift) Budapest. 1877-1878; T. Pauler: *Adalékok a hazai jogtudomány történetéhez*. (Beiträge zur Geschichte der einheimischen Rechtswissenschaft) Budapest, 1878; J. Ábel: *Egyetemeink a középkorban*. (Unsere Universitäten im Mittelalter) Budapest, 1881; E. Roszner: *Régi magyar házassági jog*. (Altes ungarisches Eherecht) Budapest, 1887; M. Érdújhelyi: *A közjegyzőség és a hiteles helyek története Magyarországon*. (Die Geschichte des öffentlichen Notariats und der glaubwürdigen Orte in Ungarn) Budapest, 1899; J. Illés: *A magyar házassági vagyongazdaság az Árpádok korában*. (Das ungarische Ehegüterrecht in der Árpádenzeit) Budapest, 1900; ders.: *A magyar szerződési jog az Árpádok korában*. (Das ungarische Vertragsrecht in der Árpádenzeit) Budapest, 1901; B. Schiller: *A Hármaskönyv jogforrása*. (Die Rechtsquellenlehre des Tripartitums) Budapest, 1902; J. Illés: *A törvényes öröklés rendje az Árpádok korában*. (Die Intestaterbfolge in der Árpádenzeit) Budapest, 1904; L. Závodszy: *A Szent István, Szent László és Kálmán korabeli törvények és zsinati határozatok forrásai*. (Die Quellen der Gesetze und Synodalbeschlüsse unter Stephan dem Heiligen, Ladislaus dem Heiligen und Koloman) Budapest, 1904; G. Turba: *Die Pragmatische Sanktion mit besonderer Rücksicht auf die Länder der Stephanskronen*. Wien, 1906; L. Erdélyi: *Magyarország társadalma XI. századi törvényeiben*. (Die Gesellschaft Ungarns in seinen Gesetzen im XI. Jahrhundert) Budapest, 1907; R. Békefi: *A pécsi egyetem*. (Die Universität Pécs) Budapest, 1909; F. Schiller: *Das erste ungarische Gesetzbuch und das deutsche Recht*. In: *Festschrift für H. Brunner zum siebenzigsten Geburtstag*. Weimar, 1910. S. 379-404; A. Stolcz: *A hiteles helyek és azok jelentősége a középkorban Magyarországon*. (Die glaubwürdigen Orte und ihre Bedeutung im Mittelalter in Ungarn) Újvidék, 1912; S. Domanovszky: *Die historische Entwicklung Ungarns, mit Rücksicht auf seine Wirtschaftsgeschichte*. Budapest, 1913.; F. Eckhart: *Hiteles helyeink eredete és jelentősége*. (Herkunft und Bedeutung unserer glaubwürdigen Orte) *Századok* 47 (1913) S. 641-655; ders.: *Die glaubwürdigen Orte Ungarns*

im Mittelalter. In: Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung. ix. Ergänzungsband, 2. Heft 1914. S. 395-558; Z. Pázmány: Il diritto romano in Ungheria. Pozsony, 1913; F. Eckhart: Die glaubwürdigen Orte Ungarns im Mittelalter. Innsbruck, 1914; J. Holub: A halálesetre szóló ajándékozások régi jogunkban. (Schenkungen von Todes wegen in unserem alten Recht) Budapest, 1920; I. Madzsar: Szent István törvényei és a lex Bajuvariorum. (Gesetze Stephans des Heiligen und die lex Bajuvariorum) Történeti Szemle 10 (1921) S. 48-75; J. Holub: Az életkor szerepe középkori jogunkban és az „időlátott levelek“. (Die Rolle des Alters in unserem mittelalterlichen Recht und die „alten“ Briefe) Budapest, 1922; B. Grosschmid: Werbőczy és az angol jog. (Werbőczy und das englische Recht) Budapest, 1928.; J. Holub: A leányenyedről. (Über die quarta puellaris) Budapest, 1928; L. Erdélyi: Szent Imre és kora. (Imre der Heilige und sein Zeitalter) Budapest, 1930; J. Illés: A Quadripartitum közjogi interpolációi. (Die öffentlich-rechtlichen Interpolationen des Quadripartitum) Budapest, 1931; F. Eckhart: Vita a leányenyedről. (Streit über die quarta puellaris) Századok 64 (1932) S. 408-415; Gy. Bruckner: A középkori partikuláris jogfejlődés és a selmeci városi és bányajog. (Die partikulare mittelalterliche Rechtswentwicklung und das Stadtrecht und Bergrecht von Selmec) Miskolc, 1934; J. Holub: Néhány kérdés a leányegyed köréből. (Einige Fragen aus dem Bereich der quarta puellaris) Budapest, 1936; B. Iványi: A városi polgárjog keletkezése és fejlődése, figyelemmel Buda és Pest városokra. (Entstehung und Entwicklung des städtischen Bürgerrechts, unter Berücksichtigung der Städte Buda und Pest) Budapest, 1936; J. Balogh: Szent István „Intelmei“-nek forrásai (Quellen der „Admonitiones“ Stephans des Heiligen). In: Szent István Emlékkönyv. II. (Hrsg. von J. Serédi) Budapest, 1938. S. 235-264; Gy. Bónis: Szent István törvényeinek önállósága. (Die Selbständigkeit der Gesetze Stephans des Heiligen) Századok 71 (1938) S. 433-487; J. Holub: La „quarta puellaris“ dans l'ancien droit hongrois. In: Studi in memoria di A. Albertoni. III. Storia del diritto italiano e diritti stranieri. (A cura di P. Ciapessoni) Padova, 1938. S. 275-297; A. Murarik: Az siség alapintézményeinek eredete. (Genese der Grundinstitute der Avitizität) Budapest, 1938; L. Erdélyi: Magyarország törvényei Szent Istvántól Mohácsig. (Gesetze Ungarns vom Stephan dem Heiligen bis Mohács) Budapest, 1942; K. Tunyoghi-Szücs: Agrárjogunk történeti alapjai és irányváltásai. (Die historischen Grundlagen und Richtungsänderungen des ungarischen Agrarrechts) Gazdasági Jog 3 (1942) S. 193-205; J. Illés: A magyar jog a Balkánon. (Das ungarische Recht auf dem Balkan) Budapest, 1943.; Gy. Bónis: Hübériség és rendiség a középkori magyar jogban. (Lebenswesen und Ständewesen im mittelalterlichen ungarischen Recht) Kolozsvár, 1945; F. Eckhart: Magyar állam-és jogtörténet. (Ungarische Staats- und Rechtsgeschichte) Budapest, 1946; I. Zajtay: Le Registre de Várad. Un monument judiciaire du début du XIIIe siècle. RHD 32 (1954) S. 527-562; ders.: Sur le rôle du droit romain dans l'évolution du droit hongrois. In: Studi in memoria di P. Koschaker. II. Milano, 1954. S. 181-211. (=In: I. Zajtay: Beiträge zur Rechtsvergleichung - Ausgewählte Schriften, (Eingeleitet und hrsg. von K.F. Kreuzer) Tübingen, 1976. S. 16-41); A. Gábriel: Les étudiants étrangers à l'Université de Paris au XVe siècle. Annales de l'Université de Paris 29 (1959); A. Szentirmai: Der Einfluß des byzantinischen Kirchenrechts auf die Gesetzgebung Ungarns im XI.-XII. Jahrhundert. In: Jahrbuch der Österreichischen Byzantinischen Gesellschaft 10 (1961) S. 73-83.; Gy. Bónis: Les autorités de „foi publique“ et les archives des loci credibiles en Hongrie. Archivum 1962.; L.B. Kumorovitz: A középkori magyar magánjogi írásbeliség első korszaka (XI.-XII. század). (Die erste Epoche der mittelalterlichen ungarischen privatrechtlichen Schriftlichkeit (XI.-XII. Jahrhundert) Századok 97 (1963); Gy. Bónis: Az Ars Notaria mint retorikai és jogi tankönyv. (Die Ars Notaria als Lehrbuch für Rhetorik und Recht) Filológiai Közönlöny 9 (1963) S. 373-388; ders.: A közhitelőség szervei Magyarországon és a magyar hiteleshelyi levéltárak. (Organe der Glaubwürdigkeit in Ungarn und die Archive der ungarischen glaubwürdigen Orte) Levéltári Szemle 14 (1964) S. 125 ff.; ders.: Die Entwicklung der geistlichen

Gerichtsbarkeit in Ungarn vor 1526. ZSS KA S. 174-235; ders.: Einflüsse des römischen Rechts in Ungarn. In: IRMAE V 10, 1964; A. Csizmadia: Die Universität Pécs im Mittelalter (1367–). Studia Iuridica Pécs, Budapest, 1965.; L. Mezey: A pécsi egyetemalapítás előzményei /a deákság és a hiteles-hely kezdeteihez/. (Die Vorgeschichte der Universitätsgründung in Pécs /zu den Anfängen der klassizistischen Bildung und der glaubwürdigen Orte/ In: A pécsi egyetem történetéből. (Hrsg. von A. Csizmadia) Pécs, 1967. S. 62 ff.; K. Rebro: Johannes Gattus, az Academia Istropolitana profeszora. (Johannes Gattus, Professor der Academia Istropolitana) In: A 600 éves jogi felsőoktatás történetéből 1367-1967. (Hrsg. von A. Csizmadia) Pécs, 1967. S. 109-114; A. Gábel: The Mediaeval Universities of Pécs and Pozsony. Indiana, 1969; I. Zajtay: L'importance de l'évolution de l'ancien droit hongrois au point de vue de la théorie des sources. RIDC 22 (1970) S. 477-488; Gy. Bónis: A jogtudó értelmiség a Mohács előtti Magyarországon. (Die rechtskundige Intelligentsia in Ungarn vor Mohács) Budapest, 1971; ders.: Egyházjog és egyházi bírászkodás az Árpád-kori Magyarországon. (Kirchenrecht und kirchliche Gerichtsbarkeit in Ungarn der Árpádenzeit) Vigilia 36 (1971) S. 520-527; I. Zajtay: The Importance of the Evolution of Hungarian Law in Regard to the Theory of Sources. The Comparative and International Law Journal of Southern Africa 4 (1971) S. 72-84; Gy. Bónis: Középkori jogunk elemei. (Die Elemente unseres mittelalterlichen Rechts) Budapest, 1972; J. Zlinszky: Ein Versuch der Rezeption des römischen Rechts in Ungarn. In: Festgabe für A. Herdlitzka zu seinem 75. Geburtstag. (Hrsg. von F. Horak und W. Waldstein) München – Salzburg, 1972. S. 315-326; J.L. Csóka: Az első magyar törvénykönyv keletkezéstörténete. (Die Entstehungsgeschichte des ersten ungarischen Gesetzbuches) In: JT III. Budapest, 1974. S. 153-175; L. Mezey: A hiteleshely a közhitelúség fejlődésében és III. Béla szerepe. (Der glaubwürdige Ort in der Entwicklung der Glaubwürdigkeit und die Rolle von Béla III.) In: Középkori kútfőink kritikus kérdései. (Hrsg. von J. Horváth und Gy. Székely) Budapest, 1974. S. 331 ff.; I. Kapitánffy: Römischrechtliche Terminologie in der ungarischen Historiographie des 12-14. Jh.. Acta Antiqua Academiae Scientiarum Hungaricae 23 (1975) S. 355-362; Gy. Székely: La Hongrie et la domination ottomane xve-xviiiè siècles. Budapest, 1975; D. Hintner: Die Ungarn und das byzantinische Christentum der Bulgaren im Spiegel der Register Papst Innozenz' III. Leipzig, 1976; K. Visky: A római magánjog nyomai a magyar földön talált római kori feliratos emlékeken. (Die Spuren des römischen Privatrechts in den auf ungarischem Boden befindlichen Inschriften aus der Römerzeit) JT V. 1983; Zs. Teke: A dekretum fogalma és társadalmi szerepe Mátyás korában. (Der Begriff und soziale Rolle des Dekrets in der Epoche von Mátyás) Történelmi Szemle 29 (1986) S. 197-217; G. Hamza: Szent István törvényei és Európa. (Die Gesetze Stephans des Heiligen und Europa) In: Szent István és Európa. (Hrsg. von G. Hamza) Budapest, 1991.; A. Földi: A római személyi és családi jog hatása a Tripartitumra. (Der Einfluß des römischen Personen- und Familienrechts auf das Tripartitum) JK 48 (1993) S. 389-393; G. Hamza: Legile regului Sfantu Stefan (1000-1038) si Europa. Magyar Felsőoktatás 1993/2. S. 26-27.; ders.: Le leggi di Santo Stefano e l'Europa. Apollinaris 66 (1993) S. 605-612, ders.: L'europeismo della legislazione di Santo Stefano. In: Atti dell'Accademia di Scienze Lettere e Belle arti degli Zelanti e dei Dafnici. Catania, 1993. S. 9-17; ders.: G. Hamza: Le leggi di Santo Stefano e l'Europa. Apollinaris 66 (1993) S. 605-612, ders.: L'europeismo della legislazione di Santo Stefano. In: Atti dell'Accademia di Scienze Lettere e Belle arti degli Zelanti e dei Dafnici. Catania, 1993. S. 9-17; ders.: Magyar diákok itáliai egyetemjárása. I. (Die peregrinatio academica der Studenten aus Ungarn in Italien. I.) (Mitverfasser) Magyar Felsőoktatás 1993/4. S. 29-30; ders.: Magyar diákok itáliai egyetemjárása. II. (Die peregrinatio academica der Studenten aus Ungarn in Italien.II.) (Mitverfasser) Magyar Felsőoktatás 1993/5. S. 29-30; ders.: A magyar-olasz jogászkapcsolatok kezdetei. (Anfänge der ungarisch-italienischen juristischen Beziehungen) (Mitverfasser) JK 48 (1993) S. 154-158; ders.: Studenti Ungheresi di diritto nelle università di Bologna e di Padova. II

Veltro. Rivista della civiltà italiana. Le relazioni tra l'Italia e l'Ungheria. vol. II. 37 (1993) S. 187-195; ders.: Svätostefanské zákony a Európa. Historická Revue 10 (1993) S. 6-8; ders.: Werbőczy Hármaskönyvének jogforrási jellege. (Der Rechtsquellencharakter des Tripartitum Werbőczy's) JK 48 (1993) S. 231-233; ders.: Les sources des décrets de Saint Étienne. In: Cristianità ed Europa. Miscellanea di studi in onore di L. Prosdocimi. I. (Red. C. Alzati) Roma – Freiburg – Wien, 1994. S. 369-375; ders.: Zur Rolle des römischen Rechts in der ungarischen Rechtsentwicklung. Helikon 33-34 (1993-1994) S. 513-520, B. Szabó: Die Rezeption des römischen Rechts bei den Siebenbürger Sachsen. PUM IX, 1994; A. Földi: Werbőczy és a római jog. (Werbőczy und das römische Recht) In: Degré A. Emlékkönyv. Budapest, 1995. S. 67-76; G. Hamza: A Tripartitum mint jogforrás. (Das Tripartitum als Rechtsquelle) In: Degré A. Emlékkönyv. Budapest, 1995. S. 77-85.; Gy. Bónis – A. Degré – E. Varga: A magyar bírósági szervezet és perjog története. (Die Geschichte der Gerichtsorganisation und Prozeßrechts in Ungarn) Zalaegerszeg, 1996²; G. Hamza: Die Gesetzgebung Stephans des Heiligen und Europa. In: Ungarn-Jahrbuch 22 (1995-1996) S. 27-34; ders.: Szent István dekrétumai és a justiniánuszi törvényhozás. (Die Decreta Stephans des Heiligen und die justinianische Gesetzgebung) JK 51 (1996) S. 418-421; M. Jánosi: Törvényalkotás Magyarországon a korai Árpád-korban. (Gesetzgebung in Ungarn während der frühen Árpáden-Zeit) Szeged, 1996; G. Hamza: Über die verschiedenen Formen der Einflüsse des römischen Rechts in Ungarn. (Mitverfasser) Helikon 35-38 (1995-1998) S. 479-490; ders.: Das „Tripartitum“ von István Werbőczy als Rechtsquelle. Ein Beitrag zur Rechtsquellenlehre in der europäischen Rechtsgeschichte. In: Ungarn-Jahrbuch 24 (1998-1999) S. 19-30; ders.: Zakony Svjatogo Istvana – pervogo korolja Vengrii, Novely Justiniana i jevropejskie zakony sredn'evkov'ja. Ius Antiquum – Drevneje Pravo 4 (1999) S. 176-182; A. Kubinyi: Matthias Corvinus. Die Regierung eines Königreichs in Ostmitteleuropa 1458-1490. Henna, 1999; I. Bóna: A magyarok és Európa a 9-10. században. (Die Ungarn und Europa im 9.-10. Jahrhundert) Budapest, 2000; G. Hamza: Contributo alla storia dei rapporti giuridici tra l'Italia e l'Ungheria. In: Au-delà des frontières. Mélanges de droit romain offerts à W. Wołodkiewicz. I. (Ed. par M. Zabłocka et alii) Warszawa, 2000. S. 333-342; H. Zimmermann: Der Deutsche Orden im Burzenland. Eine diplomatische Untersuchung. Köln - Weimar - Wien, 2000; P. Engel: The Realm of St Stephen. A History of Medieval Hungary. London - New York, 2001; G. Hamza: Das „Tripartitum“ von István Werbőczy als Rechtsquelle. Bemerkungen zur Rechtsquellenlehre in der europäischen Rechtsgeschichte. In: Iura Antiqua - Iura Moderna. Festschrift für F. Benedek zum 75. Geburtstag. Pécs, 2001. S. 87-98.; Studien über István Werbőczy (Hrsg. von G. Hamza unter Mitwirkung von Á. Boóc und Cs. Buzády) Budapest, 2001; G. Hamza: Das Tripartitum von István Werbőczy als Rechtsquelle. Bemerkungen zur Rechtsquellenlehre in der europäischen Rechtsgeschichte. In: Studien über István Werbőczy. (Hrsg. von G. Hamza unter Mitwirkung von Á. Boóc und Cs. Buzády) Budapest, 2001. S. 49-63; H. Wolfram: Ungarn und das Reich während der Herrschaft Kaiser Konrads II. 1024/27-1039. UngarnJ 26 (2002/2003) S. 5-12; G. Hamza: Az európai és hazai városfejlődés kérdéséhez a középkorban. (Zur Frage der Stadtentwicklung in Europa und in Ungarn im Mittelalter) Jogtörténeti Szemle 2003/4. S. 54-57; Zs. Hunyadi: Administering the Law: Hungary's Loca Credibilia. In: Custom and Law in Central Europe. (Ed. by M. Rady) Cambridge, 2003. S. 25-35.; D. Ibbetson: Custom in the *Tripartitum*. In: Custom and Law in Central Europe. (Ed. by M. Rady) Cambridge, 2003. S.13-23; M. Rady: Hungarian Procedural Law and Part Two of the *Tripartitum*. In: Custom and Law in Central Europe. (Ed. by M. Rady) Cambridge, 2003. S. 47-70; G. Hamza: Adalékok az iszlámnak a magyar jog történetében betöltött szerepéhez. (Beiträge zur Rolle des Islam in der ungarischen Rechtsentwicklung) JK 59 (2004) S. 31-36; D. Moldt: Deutsche Stadtrechte im mittelalterlichen Siebenbürgen –Korporationsrechte– Sachsenspiegelrecht. Köln, 2008. und Sancti Stephani regis primi Hungariae: Libellus de Institutione morum sive

Admonitio spiritualis – Saint Étienne de Hongrie: Petit traité d'éducation morale ou Exhortation spirituelle. In: AGATA Series Latina III. Texte établi avec notes critiques par L. Havas, traduit par J.-P. Levet, Debrecini, 2008.

2. NEUZEIT

SCHRIFTTUM

I. Wildner: Theoretisch-praktischer Commentar der auf dem letzten ungarischen Reichstage zu Stande gekommenen Credits-Gesetze, nämlich: des Wechsel-, Handels-, Fabriks-, Gesellschafts-, Fracht-, Intabulations- und Crida-Gesetzes. Bde. I-II. Wien, 1841; Gy. Ráth: Az Országbírói értekezlet a törvénykezés tárgyában. (Die Judexcurialkonferenz im Hinblick auf die Gesetzespraxis) Pest, 1861; G. Wenzel: A magyar és erdélyi magánjog rendszere. (System des ungarischen und transsylvanischen Privatrechts) I-II. Buda, 1863-1864; J. Suhayda: Tanulmányok a polgári magánjogi codificatio terén. (Studien im Bereich der bürgerlichen privatrechtlichen Kodifikation) Pest, 1866; K. Putz: Beiträge zur Geschichte des ungarischen Privatrechts. Wien, 1869; J. Suhayda: A magyar polgári anyagi magánjog rendszere az Országbírói Értekezlet által megállapított szabályokhoz és azóta a legújabb időkig hozott törvényekhez. (Die Beziehung des Systems des ungarischen materiellen Zivilrechts zu den von der Judexcurialkonferenz verabschiedeten Regelungen und bis in jüngster Zeit promulgierten Gesetzen) Budapest, 1874 (die erste Auflage dieses Lehrbuchs erschien im Jahre 1861 in Pest.); A. Dauscher: Das ungarische Civil- und Strafrecht nach den Beschlüssen der Judex-Curial Conference. Wien, 1862; B. Ökröss: Általános polgári magánjog az 1848. évi törvényhozás és az Országbírói Tanácsokmány módosításai nyomán. (Allgemeines ungarisches Zivilrecht im Lichte der Gesetzgebung vom Jahre 1848 und der Modifizierungen durch die Judexcurialkonferenz) Pest, 1863; P. Hoffmann: Általános magánjogi törvénykönyvnek tervezete. (Entwurf des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches) Pest, 1871; P. Hoffmann: A római jog rendszere mai érvényben. (System des römischen Rechts in seiner heutigen Geltung) Pest, 1872; K. Putz: Zur Frage der Rechtsrezeption und Kodifikation in Ungarn. Wien, 1872; M. Herczegh: A magyar családi és öröklési jog. (Das ungarische Familien- und Erbrecht) Budapest, 1874; R. Dell'Adami: Az anyagi magánjog codificatiója. I: A nemzeti eredet problémája. (Die Kodifikation des materiellen Privatrechts. I: Das Problem des nationalen Ursprungs) Budapest, 1877; T. Pauler: Adalékok a hazai jogtudomány történetéhez. (Beiträge zur Geschichte der ungarischen Rechtswissenschaft) Budapest, 1878; G. Wenzel: A magyar magánjog rendszere. (System des ungarischen Privatrechts) Dritte Auflage. Budapest, 1879 (die erste Auflage erschien im Jahre 1863); M. Herczegh: A magyar magánjog mai érvényben. Általános rész. (Das ungarische Privatrecht in seiner heutigen Geltung. Allgemeiner Teil) Budapest, 1880; I. Zlinszky: A magyar magánjog mai érvényében, különös tekintettel a gyakorlat igényeire (Das ungarische Privatrecht in seiner heutigen Geltung, unter besonderer Berücksichtigung der Anforderungen der Praxis). Budapest, 1880; Gy. Kováts: Törvénytervezet a polgári házasságról. (Gesetzesentwurf über die Zivilehe) Budapest, 1881; Gy. Kováts: A házasságkötés Magyarországon egyházi és polgári jog szerint. (Die Eheschließung in Ungarn laut Kirchenrecht und Zivilrecht) Budapest, 1883; Dell'Adami: Magánjogi codificatiókn és régi jogunk I. (Unsere Privatrechtskodifikation und unser altes Recht I.) Budapest, 1885; G. Wenzel: Az 1848. előtti magyar magánjog. (Das ungarische Privatrecht vor 1848) Budapest, 1885.; Entwurf des ungarischen Erbrechts. (Umgearbeitet von I. Teleszky). Budapest, 1887.; B. Grosschmid: Magyar magánjogi jegyzetek. I-III. (Aufzeichnungen aus dem ungarischen Privatrecht. I-III). Budapest, 1890-1893; M. Herczegh: A magyar dologbeli és kötelmi jog. (Das ungarische Sachen- und Schuldrecht) Budapest, 1892; G. Menyhárh: Az özvegyi jog. (Das Witwenrecht)

Kolozsvár, 1894; E. Kovács: Das ungarische Ehegesetz. Wien, 1895; B. Kolosváry: Házassági vagyoni jog. (Eheliches Vermögensrecht) Budapest, 1898; B. Grosschmid: Fejezetek kötelmi jogunk köréből. I-II. (Kapitel aus dem Bereich unseres Schuldrechts I-II.) Budapest, 1897-1900. (Neuaufgabe: Budapest, 1931); I. Barta und H. Schiller: Erste Fassung des Entwurfs eines ungarischen allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches. Berlin, 1901; A. Meszlény: Magánjogpolitikai tanulmányok, különös tekintettel a magyar általános polgári törvénykönyv tervezetére. (Privatrechtspolitische Studien unter besonderer Berücksichtigung des Entwurfes des ungarischen Allgemeinen Privatrechtsgesetzbuches) Budapest, 1901; B. Kolosváry: A magyar öröklési jog fejlődésének története. (Geschichte der Entwicklung des ungarischen Erbrechts) Budapest, 1902; B. Levy: Das Handelsrecht, Wechselrecht und Konkursrecht Ungarns. In: Handelsgesetze des Erdballs, 13/1) Berlin, 1906; G. Menyháth: Dolgozatok a magánjog köréből. (Aufsätze aus dem Bereich des Privatrechts) Kolozsvár, 1905; B. Grosschmid: A házassági törvény. I-II. (Das Ehegesetz I-II) Budapest, 1909; G. Szászy-Schwarz: A magánjogi törvénykönyvről. Tanulmányok és bírálatok. (Über das Privatrechtsgesetzbuch. Studien und Kritiken) Budapest, 1909; A. Back: Das ungarische Ehegesetz. Wien, 1910; I. Ereky: Tanulmányok a magyar általános törvénytervezet köréből. (Studien vom Bereich des Entwurfes des ungarischen allgemeinen Gesetzbuches) Budapest, 1913; J. Kohler: Zum ungarischen Zivilgesetzentwurf. Budapest, 1913; B. Kolosváry: Huszti András, az első erdélyi jogtanár és munkássága. (András Huszti, der erste Rechtsprofessor in Siebenbürgen und sein Werk) Kolozsvár, 1914; R. Zehntbauer: Einführung in die neuere Geschichte des ungarischen Privatrechts. Freiburg im Uechtland (Schweiz), 1916; E. Heymann: Das ungarische Privatrecht und der Rechtsausgleich mit Ungarn. Tübingen, 1917; G. Menyháth: Kötelmi jog. (Schuldrecht) Budapest, 1918.; G. von Szászy-Schwarz: Das bürgerliche Gesetzbuch für Ungarn. Jherings Jahrbücher für die Dogmatik des bürgerlichen Rechts 2. Folge, 32 (1919) S. 327-418; B. Kolosváry: Neue Entwicklungstendenzen des ungarischen Immobilienrechtes. Szeged, 1923; F. Komin: Der heutige Stand der ungarischen privatrechtlichen Kodifikation. Der Entwurf vom Jahre 1928. Zeitschrift für Ausländisches und Internationales Privatrecht 7 (1933) S. 443-449; E. Nizsalovszky: Az érdekkutató jogtudomány a magánjogban. (Die Interessenjurisprudenz im Privatrecht) Budapest, 1933; K. Szladits: Az osztrák polgári törvénykönyv hatásában a magyar magánjogra. (Das österreichische allgemeine bürgerliche Gesetzbuch in seinem Einfluß auf das ungarische Privatrecht) Budapest, 1933; K. Szladits: Szászy-Schwarz Gusztáv. (Gusztáv Szászy-Schwarz) In: Magyar jogászegyleti értekezések. Kecskemét, 1934; B. Kolosváry: A tulajdon általános szabályai a magyar magánjogi törvénykönyv javaslatában. (Allgemeine Regeln des Eigentums im Entwurf des Ungarischen Privatrechts) Szeged, 1935; L. Villányi Fürst: Jogi professzorok emlékezete. (Die Erinnerung an Juraprofessoren) Budapest, 1935; K.K. Klein: Der Humanist und Reformator Johannes Honter. Sibiu, 1935; E. Nizsalovszky: A család a magyar jogban. (Die Familie im ungarischen Recht) Budapest, 1936; K. Szladits: Grosschmid és a magyar kötelmi jog. (Grosschmid und das ungarische Schuldrecht) In: Magyar Jogászegyleti Értekezések Budapest, 1-2.1936. S. 11 ff.; E.P. Balás: Ungarns Privatrechtsgesetzbuch. Entwurf. Budapest, 1940; H. Fehr: Das ungarische Privatrechtsgesetzbuch und das schweizerische ZGB. Zeitschrift des bernischen Juristenvereins 76 (1940) S. 221-229; F. Rónay: Die Privatrechtsgesetzgebung Ungarns seit 1925. Zeitschrift für Ausländisches und Internationales Privatrecht 14 (1940-1941) S. 536-572; W. Krusch: Ungarns Privatrechtsgesetzbuch. (Ein Beitrag zur Rechtserneuerung). ZOR N.F. 8 (1941) S. 1-53; K. Tunyoghi-Szücs: Agrárjogunk történeti alapjai és irányváltásai. (Die historischen Grundlagen und Richtungsänderungen des ungarischen Agrarrechts) Gazdasági Jog 3 (1942) S. 193-205; K. Visky: A kötelmi és hiteljog a délvidéki területeken. (Das Obligations- und Handelsrecht in den zu Ungarn rückgegliederten südlichen Gebieten) Gazdasági Jog 3 (1942) S. 216-220; B. Kolosváry: Magánjog. (Privatrecht) Budapest, 1944⁵; I. Szászy: A magyar ma-

gánjog általános része, különös tekintettel a külföldi magánjogi rendszerekre. 1-II. (Der allgemeine Teil des ungarischen Privatrechts, unter besonderer Berücksichtigung der ausländischen Privatrechtsordnungen. 1-II) Budapest, 1947; I. Zajtay: Les régimes matrimoniaux du droit hongrois. RIDC 1 (1949) S. 294-295; ders.: La evolución reciente del derecho privado húngaro. La Ley (Buenos Aires) 68 (1952) S. 820-830.; ders.: Le droit du mariage dans le nouveau code hongrois de la famille. RIDC 6 (1954) S. 491-503; ders.: Sur le rôle du droit romain dans l'évolution du droit hongrois. In: Studi in memoria di P. Koschaker. II. Milano, 1954. S. 181-211. (=In: I. Zajtay: Beiträge zur Rechtsvergleichung - Ausgewählte Schriften, (Eingeleitet und hrsg. von K.F. Kreuzer) Tübingen, 1976. S. 16-41); K. Grzybowski: Reform of Civil Law in Hungary, Poland, and the Soviet Union. AJCL 10 (1961) S. 253-265; I. Szászy: Das neue Zivilgesetzbuch der Ungarischen Volksrepublik. RabelsZ 26 (1961) S. 553-573; Gy. Csanádi: Das Eigentumsrecht im ungarischen Zivilgesetzbuch. In: Das ungarische Zivilgesetzbuch in fünf Studien. (Hrsg. von Gy. Eörsi) Budapest, 1963. S. 118-121; Gy. Eörsi: Die zivilrechtliche Verantwortlichkeit im ungarischen Zivilgesetzbuch. In: Das ungarische Zivilgesetzbuch in fünf Studien. (Hrsg. von Gy. Eörsi) Budapest, 1963. S. 272-286; B. Kemenes: Die prinzipiellen Grundlagen des Vertragssystems im ungarischen Zivilgesetzbuch. In: Das ungarische Zivilgesetzbuch in fünf Studien. (Hrsg. von Gy. Eörsi) Budapest, 1963. S. 193-198; F. Mádl: Das erste ungarische Zivilgesetzbuch – das Gesetz IV vom Jahre 1959 – im Spiegel der Geschichte der zivilrechtlichen Kodifikation. In: Das ungarische Zivilgesetzbuch in fünf Studien. (Hrsg. von Gy. Eörsi) Budapest, 1963.; K. Zalán: Hauptprobleme des Erbrechts im ungarischen Zivilgesetzbuch. In: Das ungarische Zivilgesetzbuch in fünf Studien. (Hrsg. von Gy. Eörsi) Budapest, 1963. S. 332-338; M. Móra: Über den Unterricht des römischen Rechtes in Ungarn in den letzten hundert Jahren. RIDA 11 (1964) S. 409-429; Gy. Eörsi: Richterrecht und Gesetzesrecht in Ungarn. Zum Problem der Originalität eines Zivilrechts. RabelsZ 30 (1966) S. 117-140; G. Brunner: Die rechtliche Stellung der Staatsbetriebe nach der Wirtschaftsreform in Ungarn. RabelsZ 32 (1968) S. 295-308; H. Thieme: Die deutsche Historische Rechtsschule Savignys und ihre ausländischen Jünger. In: Die juristische Bildung in der Slowakei und Ungarn bis zum Jahre 1848. Acta Facultatis Juridicae Universitatis Comenianae (Bratislava) 1968 S. 259-269. (=H. Thieme: Ideengeschichte und Rechtsgeschichte. Gesammelte Schriften. Forschungen zur Neueren Privatrechtsgeschichte, Bd. 25/II. Köln-Wien, 1986. S. 1095-1105); M. Világhy: Der Staat und sein Unternehmen. AJHung 19 (1968) S. 257-278; R. Sacco: Il sustrato romanistico del diritto civile nei Paesi socialisti. RDC 15 (1969) S. 115-131; I. Sárándi: Der neue Wirtschaftsmechanismus und einige Institutionen des Zivilrechts. AJHung 11 (1969) S. 391-421; L. Asztalos: Entwicklung der ungarischen Privatrechtswissenschaft im Zeitalter des Dualismus. In: Die Entwicklung des Zivilrechts in Mitteleuropa, 1848-1944. (Hrsg. von A. Csizmadia und K. Kovács) Budapest, 1970. S. 21-39; Z. Bernáth: Besitz und Besitzschutz im Spiegel der ungarischen Rechtsgeschichte unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsentwicklung in den letzten hundert Jahren. In: Die Entwicklung des Zivilrechts in Mitteleuropa, 1848-1944. (Hrsg. von A. Csizmadia und K. Kovács) Budapest, 1970. S. 209-223; E. Böszörményi-Nagy: Das ungarische Erbrecht zur Zeit des Dualismus. In: Die Entwicklung des Zivilrechts in Mitteleuropa, 1848-1944. (Hrsg. von A. Csizmadia und K. Kovács) Budapest, 1970. S. 413-429; A. Degré: Elemente des römischen Rechts im Vermögensrecht der ungarischen Leibeigenen. In: Einzelne Probleme der Rechtsgeschichte und des römischen Rechts. Szeged, 1970.; Gy. Eörsi: State Property – State Enterprise. AnnUB 12 (1970) S. 37-67; F. Mádl: Kodifikation des ungarischen Privat- und Handelsrechts im Zeitalter des Dualismus. In: Die Entwicklung des Zivilrechts in Mitteleuropa, 1848-1944. (Hrsg. von A. Csizmadia und K. Kovács) Budapest, 1970. S. 87-119; E. Nizsalovszky: Gesetz und Wirklichkeit im sozialistischen ehelichen Güterrecht. Budapest, 1970; V. Peschka: Theoretische Grundlagen der ungarischen Privatrechtswissenschaft im Zeitalter des Dualismus. In: Die Entwicklung

des Zivilrechts in Mitteleuropa, 1848-1944. (Hrsg. von A. Csizmadia und K. Kovács) Budapest, 1970. S. 5-20; E. Pólay: Jherings Besitztheorie und die ungarischen privatrechtlichen Kodifizierungsversuche. In: Sein und Werden im Recht. Festgabe für U. von Lübtow zum 70. Geburtstag. (Hrsg. von W.G. Becker und L. Schnorr von Carolsfeld) Berlin, 1970. S. 627-648; I. Sárándi: The Changes in Social Ownership. *AnnUB* 12 (1970) S. 3-30; E. Weiss: Die Entwicklung des Vertragsrechts im Lichte der ungarischen zivilrechtlichen Kodifikationsarbeiten. In: Die Entwicklung des Zivilrechts in Mitteleuropa, 1848-1944. (Hrsg. von A. Csizmadia und K. Kovács) Budapest, 1970. S. 285-298; O. Wittstock: Honterus der Siebenbürger Humanist und Reformator. *Der Mann, Das Werk, Die Zeit*. Göttingen, 1970; L. Vékás: Die rechtliche Regelung der Wirtschaftsvereinigungen in Ungarn. *Jahrbuch für Ostrecht* 12 (1971) S. 123-144; M. Világhy: Warenverhältnis und Zivilrecht. *AJHung* 12 (1972) S. 297-339; E. Pólay: A római jog oktatása a két világháború között Magyarországon (1920-1944). (Der Unterricht des römischen Rechts in Ungarn zwischen den Weltkriegen (1920-1944)) Szeged, 1972; G. Nussbächer: Johannes Honterus. Sein Leben und Werk im Bild. București, 1973; L. Vékás: Economic Management and the Law of Contracts. *AJHung* 15 (1973) S. 417-437; A. Csizmadia: Ungarische zivilrechtliche Kodifikationsbestrebungen im Reformzeitalter. In: Rechtsgeschichtliche Abhandlungen VI. Budapest, 1974; E. Weiss: Die Relevanz der Familienverbindungen im Familien- und Erbrecht. *AnnUB* 18 (1976) S. 243-264; E. Pólay: A pandektisztika és hatása a magyar magánjogtudományra. (Die Pandektistik und ihr Einfluß auf die ungarische Privatrechtswissenschaft) *Acta Universitatis Szegediensis de Attila József nominatae. Acta Iuridica et Politica* 23, 6 (1976); L. Vékás: Bereicherungsansprüche im Ungarischen Zivilrecht. *Jahrbuch für Ostrecht* 19 (1978) S. 243-252; G. Hamza: Schwarz András Bertalan. (András Bertalan Schwarz) *JK* 34 (1979); L. Vékás: Zur Kodifikation des ungarischen Internationalen Privatrechts. *Jahrbuch für Ostrecht* 20 (1979) S. 297-311; A. Csizmadia: Hungarian Customary Law before the Bourgeois Rebellion of 1848. *JLH* 4 (1983) S. 3-37; G. Hamza: Balogh Elemér, a római jog művelője. (Elemér Balogh, Gelehrte des römischen Rechts) *JK* 35 (1980) S. 328-330; G. Hamza: Adalék a Történeti jogi iskola magyarországi hatásához. Hoffmann Pál életműve. (Beitrag zum Einfluß der Historischen Rechtsschule in Ungarn. Das Œuvre von Pál Hoffmann) *JK* 35 (1980) S. 539-543; T. Sárközy: Die Theorie des gesellschaftlichen Eigentumsrechts. Budapest, 1980.; *Tanítványok Marton Gézaról*. (Schüler über Géza Marton) (Hrsg. von G. Hamza) Budapest, 1981; L. Vékás: Konsumentenschutz und das ungarische Zivilrecht. *ZfRV* 24 (1983) S. 17-24; J. Zlinszky: Die Rolle der Gerichtsbarkeit in der Gestaltung des ungarischen Privatrechts vom 16. bis zum 20. Jahrhundert. *IC* 10 (1983) S. 49-68; G. Ajani: La revisione del PTK ungherese e alcune innovazioni nel diritto civile socialista. *RDC* 30 (1984) S. 126-140; G. Hamza: A római jog oktatásának és művelésének történetéhez egyetemünkön. (Über die Geschichte des Unterrichts und der Pflege des römischen Rechts an unserer Universität) *AUB* 26 (1984) S. 23-61; ders.: In memoriam Károly Visky. *RIDA* 31 (1984) S. 17-26.; ders.: Visky Károly. (Károly Visky) *JK* 39 (1984) S. 287-288; ders.: Emlékezés Diósdí Györgyre, a hazai jogtudomány európai híru művelőjére. (Erinnerung an György Diósdí, den ungarischen Gelehrten europäischen Rufes (1934-1973).) *JK* 39 (1984) S. 213-215; ders.: György Diósdí. *Index* 12 (1984) S. 535-539; ders.: Emlékezés Vécsey Tamásra, a nemzetközi híru jogtudósra. (Erinnerung an Tamás Vécsey, den Rechtsgelehrten europäischen Rufes) *JK* 40 (1985) S. 548-549; ders.: A hazai jogászképzés történetéhez. (Zur Geschichte der Juristenausbildung in Ungarn) *MJ* 33 (1986) S. 21-26; ders.: Elemér Pólay septuagenarius. *Index* 14 (1986) S. 305-315; E. Pólay: La Pandectística y los esfuerzos para la codificación del derecho privado hasta el principio del siglo xx en Hungría. *Index* 14 (1986) S. 215-223; G. Hamza: Vécsey Tamás és a jogi szemináriumok. (Tamás Vécsey und die juristischen Seminare) In: *Studia dedicata centenario foundationis seminariorum Universitatis Budapestinensis*. (Hrsg. von G. Hamza) Budapest, 1987. S. 11-39;

G. Ajani: La proprietà delle organizzazioni sociali nel diritto dei paesi socialisti. Milano, 1988.; G. Hamza: Römisches Recht und Rechtskultur in Ungarn in der liberalen Epoche. Index 16 (1988) S. 195-196; R. Sacco: The Romanist Substratum in the Civil Law of the Socialist Countries. Review of Socialist Law 14 (1988) S. 65-86; G. Hamza: Evoluzione del sistema giuridico e riforme nell'esperienza ungherese. In: Annali dell'Istituto di Studi Europei "Alcide De Gasperi" 9 (1989) S. 395-403; H. Izdebski: A Revival of Commercial Law in the Soviet Union and Other Socialist Countries. Review of Socialist Law 15 (1989) S. 365-391; G. Hamza: Az objektív felelősség kérdéséhez a dualizmus hazai bírói gyakorlatában. (Zur objektiven Haftung in der rechterlichen Praxis in Ungarn im Zeitalter des Dualismus) AUB 31 (1989) S. 237-242; ders.: Evolución del sistema jurídico y reformas económicas en la experiencia húngara. Contratos y empresa. Nuevas tendencias. Revista Peruana de Derecho de la Empresa 1990 S. 133-145; Flosculi professori R. Brósz oblati. (Hrsg. von A. Földi) Budapest 1990; G. Hamza: Pólay Elemér. (Elemér Pólay) AnnUB 32 (1991); Gy. Gátos: Óriás Nándor (1886-1992). (Nándor Óriás (1886-1992)) JK 47 (1992); G. Hamza: Sur l'histoire de l'enseignement de droit en Hongrie. In: Cuadernos Informativos de Derecho Histórico Público, Procesal y de la Navegación. No. 14. Barcelona, 1992. S. 3329-3339; S. Malfè: Das österreichische Allgemeine bürgerliche Gesetzbuch in Ungarn zur Zeit des Provisoriums 1861-1867. ZNR 14 (1992) S. 32-44; Ch. Rother: Entwicklungstendenzen im ungarischen Wirtschafts- und Privatisierungsrecht 1991/1992. ROW 36 (1992) S. 201 ff.; G. Ajani: La circulation des modèles juridiques dans le droit post-socialiste. RIDC 46 (1994) S. 1087-1105; G. Hamza: In memoriam Brósz Róbert. (In memoriam Róbert Brósz) JK 49 (1994) S. 193-196; ders.: In memoriam Róbert Brósz. AnnUB 35 (1994) S. 179-182; G. Ajani: By Chance and Prestige: Legal Transplants in Russia and Eastern Europe. AJCL 43 (1995) S. 93-117; G. Hamza: Aperçu sur la privatisation en Hongrie. In: Relations entre économies industrialisées et économies en transition ou en développement. Aspects institutionnels et juridiques. Bruxelles, 1995. S. 507-511; I. Basa: A kereskedelmi jogi kártérítés hatása a magánjogi kártérítésre Magyarországon a Millennium idején. (Der Einfluß des handelsrechtlichen Schadensersatzes auf den privatrechtlichen Schadensersatz im Zeitalter des Millenniums in Ungarn) ÁJ 38 (1996) S. 53-72; H. Izdebski: General Survey of Developments in Eastern Europe in the Field of Civil Law. In: The Revival of Private Law in Central and Eastern Europe. Essays in Honor of F.J.M. Feldbrugge. (Ed. by G. Ginsburgs, D.D. Barry and W.B. Simons) The Hague - London - Boston, 1996. S. 3-14; J. Zlinszky: Wissenschaft und Gerichtsbarkeit. Quellen und Literatur der Privatrechtsgeschichte Ungarns im 19. Jahrhundert. Frankfurt am Main, 1997; A. Harmath: Zivilgesetzbuch in mittel- und osteuropäischen Staaten. ZEuP 6 (1998) S. 553-563; U. Harmat: Ehe auf Widerruf? Der Konflikt um das Eherecht in Österreich 1918-1938. IC Sonderhefte 121 (1999) S. 116-124; F. Mádl: Der Einfluß des BGB auf die Entwicklung des ungarischen Privatrechts. AcP 200 (2000) S. 526-532; G. Hamza: Adalékok a kolozsvári egyetem történetéhez. (Beiträge zur Geschichte der Universität Kolozsvár) Magyar Felsőoktatás 2001/12. S. 36; ders.: Szász-Schwarz Gusztáv és az európai magánjogtudomány. (Gusztáv Szász-Schwarz und die europäische Privatrechtswissenschaft) JK 56 (2001) S. 441-445; ders.: Sviluppo del diritto privato ungherese e il diritto romano. In: Iuris vincula. Studi in onore di M. Talamanca. IV. Milano, 2002. S. 353-364; ders.: Characteristic Features of the Codification of Civil (Private) Law in Central and Eastern Europe. In: Studi in memoria di V.E. Cantelmo. I. Napoli, 2003. S. 891-905; Europäisches Recht im ungarischen Privat- und Wirtschaftsrecht. (Hrsg. von M. Paschke und L. Vékás) Münster, 2004; G. Hamza: Farkas Lajos életpályája és tudományos munkássága (1841-1921). (Der Lebenslauf und das wissenschaftliche Œuvre von Lajos Farkas (1841-1921)) AUB 41 (2004) S. 9-26; ders.: Le développement du droit privé européen. Le rôle de la tradition romaniste dans la formation du droit privé moderne. Budapest, 2005; ders.: New Trends of Codification of Civil (Private) Law in Central and Eastern Europe. In: International

Symposium. International Cooperation in the Field of Legal Studies and an Agenda for Comparative Law Studies- Experiences of Legal Assistance to Countries in Transition – May 29, 2004. Tokyo, Japan. Center for Asian Legal Exchange. Graduate School of Law. Nagoya University. Nagoya, 2005. S. 89-111; ders.: Beitrag zur Geschichte der Kodifikation des bürgerlichen Rechts in Ungarn. In: Symposium. Hundert Jahre Bürgerliches Gesetzbuch. Entwicklung des Privatrechts im deutschen und mittel-osteuropäischen Sprachraum seit dem Inkrafttreten des BGB. 13-14. Oktober 2000. Budapest. (Hrsg. von G. Hamza) Eötvös Loránd Tudományegyetem. Budapest, 2006. S. 1-13; ders.: Le nuove codificazioni privatistiche nei Paesi dell'Est europeo: Continuità e discontinuità, *Vita notarile* n. 3, 2006 S. 1209-1237; ders.: Continuity and Discontinuity of Private /Civil/ Law in Eastern Europe after World War II. *FUNDAMINA* 12 (2006) S. 48-80; ders.: Vécsey Tamás és a jogi szemináriumok alapítása. (Tamás Vécsey und die Gründung der juristischen Seminare) In: *Studia dedicata seminariis Universitatis*. Budapest, 2006. S. 51-68; L. Vékás: Die Grundzüge der ungarischen Privatrechtsreform. In: *Liber amicorum T. Ansay in honour of his 75th birthday / Festschrift für T. Ansay zum 75. Geburtstag*. (Ed. by S. Arkan and A. Yongalik) The Hague, 2006. S. 437-454; G. Hamza: Elemér Balogh (1881-1955): The Scholar of Roman Law and of Comparative Law. *Tydskrif vir Regswetenskap – Journal for Juridical Science* 33 (2008) S. 118-126; ders.: Geschichte der Kodifikation des Zivilrechts in Ungarn. *Anuario da Faculdade de Dereito da Universidade da Coruña (Revista jurídica interdisciplinar internacional)* 12 (2008) S. 533-544; ders.: Historia de la codificación del Derecho civil en Hungría. *Revista de Estudios Histórico-Jurídicos (Valparaíso)* 30 (2008) S. 215-226; Z. Nemessányi: Die Umsetzung der zivilrechtlichen Richtlinien in das ungarische Recht. In: *Privatrechtsentwicklung in Zentral- und Osteuropa*. (Hrsg. von R. Welser) Wien, 2008. S. 61-75; J. Szalma: Der Einfluss des ABGB in der Rechtsprechung des ungarischen Obersten Gerichtshofes (Curia). *Präcedenzen zum Schadenersatzrecht in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts*. In: *Festschrift für W. Braunecker zum 65. Geburtstag. Rechtsgeschichte mit internationaler Perspektive*. (Hrsg. von G. Kohl, Chr. Neschwara und T. Simon) Wien, 2008. S. 671-686; L. Tattay: Europäisches Vertragsrecht, Europäisches Zivilgesetzbuch und das ungarische Privatrecht. In: *Privatrechtsentwicklung in Zentral- und Osteuropa*. (Hrsg. von R. Welser) Wien, 2008. S. 61-75. und L. Vékás: *Parerga. Dolgozatok az új Polgári Törvénykönyv tervezetéhez*. (Parerga. Aufsätze zum Entwurf des neuen Zivilgesetzbuches) Budapest, 2008.